Nr. 17 ★ 17. Jahrgang

Berlin, 24. April 1909

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin. Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin. Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg. Vergnügungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg. Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Der Aufbau der Arbeiterversicherung nach dem Entwurfe der Reichsversicherungsordnung.

gh. Unsere Arbeiterversicherung ist deshalb so verzettelt und verwirrt, weil jeder Teil derselben ganz anders als die andern Teile aufgebaut ist. Hieraus erwachsen schwere Mißstände. „Zu keiner Zeit", so heißt es in der Begründung des Entwurfs zur Reichsversicherungsordnung, ist es unerkannt geblieben, daß der Mangel an Einheitlichkeit die Quelle für viele der häufig beklagten Unzuträglichkeiten des geltenden Systems bildet." Trotzdem wagen sich die Geheimräte im Reichsamt des Innern an eine „völlige Verschmelzung" der „verschiedenen Versicherungszweige" nicht heran. Es bleiben demnach die Krankenversicherung, Unfallversicherung und Invalidenversicherung, der die einzurichtende Hinterbliebenenversicherung angegliedert wird, als selbständige Teile der Arbeiterversicherung bestehen. Die gesetzlichen Bestimmungen für jeden dieser Teile bilden ein besonderes Buch der Reichsversicherungsordnung.

Damit haben die Geheimräte im Reichsamt des Innern die unerläßliche Voraussetzung für eine gründliche Reform der Arbeiterversicherung aufgegeben. Die Arbeiterversicherung bildet ein in sich zusammenhängendes Ganze. Deshalb kann sie nicht ohne eine ganz unangebrachte Vergeudung von Arbeitskraft und Geldmitteln in mehrere selbständige Teile zerrissen werden. Diese Tatsache wird sich uns bei der weiteren Besprechung des Entwurfs immer wieder in Erinnerung bringen.

Um die Mißstände, die sich aus dem Mangel an Einheitlichkeit ergeben, wenigstens möglichst zu mildern, soll der Arbeiterversicherung nach dem Entwurf ein für alle Teile gemeinsamer Unterbau gegeben werden: die Versicherungsämter, die in der Regel für den Bezirk einer unteren Verwaltungsbehörde errichtet werden sollen. Die Aufgaben der Versicherungsämter ist, die örtlichen Geschäfte der Reichsversicherung wahrzunehmen und in Angelegenheiten der Reichsversicherung Auskunft zu erteilen. Auf den Versicherungsämtern sind als die gemeinsame höhere Instanz die Oberversicherungsämter und als die höchste gemeinsame Instanz das Reichsversicherungsamt und die Landesversicherungsämter aufgebaut und zwar als die alleinigen Organe für die Verwaltung und Rechtsprechung.

Derselbe Grund aber, der die Geheimräte vor der völligen Verschmelzung der verschiedenen Versicherungszweige zurückschrecken ließ, hat es ihnen auch unmöglich gemacht, die Versicherungs- und Oberversicherungsämter sowie das Reichsversicherungsamt und die Landesversicherungsämter so zu gestalten, wie es notwendig ist, wenn die Arbeiterversicherung ihren großen Aufgaben in möglichst weitgehendem Maße gerecht werden soll. Die völlige Verschmelzung erschien den Geheimräten deshalb unmöglich, weil ein so großer Bau, wie der gemeinsame Bau für alle Teile der Arbeiterversicherung sein würde, nur auf der Selbstverwaltung der Arbeiter errichtet werden kann. Und die Selbstverwaltung der Arbeiter wollen die Herren unter keinen Umständen als notwendig anerkennen. Demgemäß sollen die Versicherungsämter, Oberversicherungsämter, das Reichsversicherungsamt und die Landesversicherungsämter ohne die **entscheidende** Mitarbeit der Arbeiter auskommen.

In der „Begründung" wird freilich die „Mitarbeit" der Arbeiter in jenen Aemtern ganz besonders hervorgehoben. Zunächst heißt es darüber:

„In allen Versicherungsbehörden ist die Mitwirkung von Laien vorgesehen, von denen die Hälfte aus der Mitte der Versicherten gewählt wird: die Versicherungsvertreter beim Versicherungsamte, die Beisitzer beim Oberversicherungsamt und die nichtständigen Mitglieder des Reichsversicherungsamtes."

Außerdem bringt die Begründung einen Abschnitt mit der Ueberschrift: „Mitwirkung der Arbeitgeber und der Versicherten im Versicherungsamt." Der Abschnitt beginnt:

„In den Versicherungsämtern wird dem Grundsatze kollegialer Selbstverwaltung unter Beteiligung der Arbeitgeber und der Versicherten ausgiebig Rechnung getragen."

Wie steht es damit aber tatsächlich? Der Beschlußausschuß bei dem Versicherungsamte besteht aus dem Vorsitzenden, einem Staatsbeamten, und je 2 Vertretern der Arbeiter und Unternehmer. Der Spruchausschuß besteht aus dem Vorsitzenden und je 1 Vertreter der Arbeiter und Unternehmer. In dem letzten Ausschuß gibt der Beamte stets, in dem ersten Ausschuß wenigstens dann den Ausschlag, wenn sich die Vertreter der Arbeiter und die der Unternehmer geschlossen gegenüber stehen. Noch viel ungünstiger ist das Verhältnis in den höheren Instanzen. Die Beschlußkammer der Oberversicherungsämter besteht aus dem Direktor des Oberversicherungsamtes, einem Mitglied (beides Staatsbeamten) und je einem Vertreter der Arbeiter und Unternehmer. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Direktors den Ausschlag. Mithin bilden die beiden Beamten stets die Mehrheit. — Die Spruchkammer der Oberversicherungsämter besteht aus einem Mitgliede des Oberversicherungsamts und je 2 Beisitzern der Arbeitgeber und der Versicherten. Hier ist das Verhältnis dasselbe wie in dem Beschlußausschuß der Versicherungsämter. — Der Beschlußsenat und der Spruchsenat des Reichsversicherungsamtes bestehen aus 3 Beamten und je 1 Vertreter der Arbeiter und Unternehmer, so daß hier die Beamten stets die Mehrheit bilden.

Nirgends haben die Arbeiter den entscheidenden Einfluß. Vielmehr können sie überall entweder von den Beamten allein oder von diesen und den Vertretern der Unternehmer überstimmt werden. Dazu kommt, daß das Verfahren für die Wahl der Arbeitervertreter indirekt ist. Die Vorstände der Krankenkassen wählen die Verteter bei den Versicherungsämtern, diese wählen die Vertreter bei den Oberversicherungsämtern und diese die Vertreter bei dem Reichsversicherungsamt und bei den Landesversicherungsämtern.

Dieser Aufbau der Arbeiterversicherung zeigt, daß im Reichsamt des Innern die bevorstehende Reform der Arbeiterversicherung ganz und gar nicht im Interesse der Arbeiter gedacht ist. Die Arbeiter sollen auf dem ganzen Gebiete der Arbeiterversicherung unter der Vormundschaft der Beamten und der Unternehmer gehalten werden. Das muten die Geheimräte unseren Arbeitern zu, die unermüdlich mit allen Kräften ihre gewerkschaftlichen und politischen Organisationen ausbauen, um einen immer größeren Einfluß auf die Regelung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen zu erlangen. Die Arbeiterversicherung, d. h. die Fürsorge für die kranken, verunglückten und invaliden Arbeiter, greift aber so sehr in das Familienleben der Arbeiter ein, daß hier das rücksichtslose Vorgehen, das die Beamtenwirtschaft stets zur Folge hat, die Arbeiter aufs äußerste verbittern muß. Das haben die Erfahrungen mit der arbeiterfeindlichen Praxis in der Unfall- und Invalidenversicherung wahrlich nur zu deutlich gezeigt. Auf der andern Seite wissen die Arbeiter aus der Tätigkeit der von ihnen selbst verwalteten Krankenkassen, daß die Verwaltung der Versicherung durch die Versicherten selbst am besten geeignet ist, die Versicherung den tatsächlichen Bedürfnissen der Versicherten anzupassen. Wenn trotzdem den Arbeitern bei der bevorstehenden Reform der Arbeiterversicherung wirklich die Selbstverwaltung vorenthalten und die Vormundschaft der Beamten und Unternehmer aufgezwungen werden sollte, dann müssen das die Arbeiter als eine schwere Schädigung empfinden.

Wenn zwei dasselbe tun, dann ist es nicht dasselbe.

Unzählig sind die Fälle, in welchen ehrliche Arbeiter auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung zu schweren Strafen verurteilt wurden, weil sie der äußerst empfindlichen Ehre von Streikbrechern zu nahe getreten waren. Unsere Gerichte wetteifern in der spitzfindigsten Auslegung der Gesetze, wenn es gilt, die ihr Koalitionsrecht wahrenden Arbeiter ans Messer zu liefern; immer neue Paragraphen werden entdeckt, die es ermöglichen, den angeklagten Streikfünder recht hart zu bestrafen. Wir erinnern nur an den groben Unfug, der mit dem Erpressungsparagraphen getrieben wurde und noch getrieben wird, der dazu herhalten muß, Gewerkschaftsvertreter mit dem Makel der Bestrafung wegen eines entehrenden Vergehens zu belegen, obwohl die Handlung, deren sie angeklagt waren, für den schlichten Menschenverstand eine durchaus legale Betätigung darstellte.

Wie oft ist nicht die etwas energische Aufforderung zum Beitritt in die Organisation als Erpressung bestraft worden, weil der Beitrag, den das neue Mitglied zu zahlen verpflichtet ist, einen rechtswidrigen Vermögensvorteil darstellt, den der „Erpresser" sich oder einem Dritten, nämlich der Organisation, zu verschaffen gesucht hat. Der Hinweis auf die Arbeitseinstellung, die erfolgen würde, wenn der Unternehmer an seinem Widerstand gegen die Arbeiterforderung festhält, ist an dem Gewerkschaftsvertreter, der diese „Drohung" gebraucht hatte, in recht vielen Fällen als Erpressung geahndet worden, und der Eifer, den die Richter an den Tag legten, um den Tatbestand so zu drehen und zu wenden, daß er den Anforderungen des betreffenden Strafgesetzbuchparagraphen entsprach, ist wahrhaft bewundernswert.

Es ist aber merkwürdig, daß dieser Scharfsinn der Juristen, der auf die Erzielung möglichst vieler und hoher Strafen gerichtet ist, sich nur dann äußert, wenn es gegen angeklagte Arbeiter geht. Sind einmal Unternehmer auf Grund eines Tatbestandes angeklagt, auf welchen die früher gegen angeklagte Arbeiter ausgetüfelte kunstvolle Gesetzesauslegung genau paßt, da muß man nicht selten die Erfahrung machen, daß es den Richtern sehr schwer fällt, zu einem verurteilenden Erkenntnis zu kommen. Mancher Tropfen Schweiß wird in den Gerichtsstuben vergossen in dem Streben, eine Formel zu finden, die es ermöglicht, den angeklagten Unternehmer durch die Maschen des Gesetzes schlüpfen zu lassen, die sich über dem angeklagten Arbeiter unentrinnbar zusammenziehen. Man nennt das in Deutschland: „Gleiches Recht für alle!", ein Grundsatz, dem der Minister für die preußische Gerechtigkeit bekanntlich einst die Auslegung gegeben hat, daß, wenn zwei dasselbe tun, es durchaus nicht dasselbe ist.

Wir kommen zu dieser Betrachtung durch ein Urteil, welches der 6. Zivilsenat des Reichsgerichts am 8. Februar in einem Prozeß gefällt hat, welchen ein Schuhmachermeister in Kiel gegen die dortige Schuhmacherinnung und die Freie Vereinigung selbständiger Schuhmachermeister angestrengt hat. Der Prozeß hatte folgende Ursache: Im Jahre 1904 befanden sich die Kieler Schuhmacher im Streik. Die Unternehmerorganisationen hatten die Forderungen abgelehnt und an die außerhalb der Organisation stehenden Meister ein Rundschreiben erlassen, in welchem diese aufgefordert wurden, den Beschlüssen der Organisationen beizutreten. Das Schreiben klang aus in die Drohung: „Kollegen, die sich nicht entschließen oder ihre Verpflichtung brechen und die Forderung der Gesellen bewilligen, werden beim Ausbruch des Streiks **in den Zeitungen namhaft gemacht**." Solche Meister, die für staatliche oder städtische Behörden Lieferungen hatten, sollten noch außerdem als **Abtrünnige gekennzeichnet** werden.

Der Schuhmachermeister Hamer, der Lieferungen für die kaiserliche Marine übernommen hatte, bewilligte die Forderungen der Arbeiter und ließ weiterarbeiten. Er wurde von der Innung und der Vereinigung zur Rechtfertigung vorgeladen, leistete aber dieser Vorladung keine Folge. Darauf machten die Unternehmerorganisationen ihre Drohung wahr. Sie richteten an sämtliche Kommandos der kaiserlichen Marine in Kiel ein Schreiben, in welchem sie unter Hinweis darauf, daß die Streikenden auch die Freigabe des 1. Mai forderten und Hamer diese Forderung ebenfalls bewilligt habe, diesen denunzierten, daß er mit der Sozialdemokratie gemeinsame Sache mache. In der Eingabe heißt es dann weiter: „Wir halten uns zu dieser Mitteilung für verpflichtet. Einmal mit Rücksicht auf unseren schweren wirtschaftlichen Kampf. Wir hoffen, daß die Behörden uns unterstützen und ihren Einfluß dahin geltend machen werden, **daß nur solche Meister würdig sind, die Lieferungen für die kaiserliche Marine zu beschaffen, welche keine Verräter an dem gemeinschaftlichen Kampf gegen die Sozialdemokratie sind.** Damit hoffen wir zu erreichen, daß die Abtrünnigen fortan zu uns halten und keinen weiteren Abfall zu befürchten brauchen."

Diese Denunziation hatte die erwartete Wirkung; dem Meister Hamer wurden die Lieferungen für die Marine entzogen. Er strengte deshalb gegen die genannten Meisterbereinigungen eine Schadenersatzklage an, die nun vor dem Reichsgericht ihre Erledigung fand. In dem Urteil, in welchem der Kläger mit seiner Forderung endgültig abgewiesen wird, wird den Beklagten der Schutz des § 193 des Strafgesetzbuchs zugebilligt, weil sie mit dem Schreiben an die Marinebehörden berechtigte Interessen wahrgenommn haben. Dann fährt die Begründung fort:

„In den wirtschaftlichen Kämpfen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist der Erfolg einer Partei wesentlich bedingt durch die **Einigkeit und Geschlossenheit der Standesgenossen. Wer durch ein Sonderabkommen mit dem Gegner die Einigkeit zerstört, schädigt die Interessen seiner Standesgenossen aufs schwerste.** Hier kommt hinzu, daß der Kläger sein schriftliches Versprechen, zu seinen Standesgenossen zu halten, gebrochen hat, ihnen im Lohnkampf in den Rücken gefallen ist und auf die Aufforderung zur Rechb

fertigung keine Antwort gegeben hat. Wenn diese ihrerseits zur Abwehr gegen den Abtrünnigen und zur Verhütung weiteren Abfalls scharfe Maßregeln ergriffen hat, so liegt darin nichts Anstößiges, solange das gewählte Mittel der Abwehr sich in den Grenzen des sittlich Erlaubten hielt. Die Mitteilung eines Namens eines solchen Abtrünnigen an seine Kundschaft unter Darlegung des wahren Sachverhalts würde nur dann dem Anstandsgefühl eines gerecht und billig denkenden Menschen widerstreiten, wenn damit bezweckt würde, den Gekennzeichneten geschäftlich zugrunde zu richten. Das Berufungsgericht hat aber festgestellt, daß eine solche Absicht nicht bestanden hat."

Die Auffassung, welcher das Reichsgericht hier Ausdruck gibt, ist sehr vernünftig. Sie hätte auch die allgemeine Aufmerksamkeit nicht in dem Maße auf sich gelenkt, wenn sie nicht im strikten Widerspruch stände zu den Anschauungen, denen man in den Gerichtsurteilen zu begegnen gewohnt ist, wo es sich um angeklagte Arbeiter handelt. Man wäre vielleicht berechtigt, aus diesem Urteil die Hoffnung zu schöpfen, daß von hier ab eine neue Epoche in der gerichtlichen Beurteilung von Arbeitsstreitigkeiten datiert. Doch möchten wir vor einer solchen kühnen Schlußfolgerung warnen, denn der Rechtsgrundsatz, den wir als Ueberschrift dieses Artikels gewählt haben, ist noch nicht außer Kraft gesetzt.

In dem Bestreben, die beklagten Meisterorganisationen von Schuld und Fehle frei zu finden, geht das Reichsgericht übrigens noch weiter. Es stellt fest, daß die dem Kläger zugegangene Vorladung zwar eine Bedrohung enthalte, doch sei durch sie kein Schaden entstanden. Dieser ist erst entstanden durch das Schreiben an die Marinebehörden. Dieses Schreiben bildet zwar die Ausführung der vorangegangenen Drohung, aber der § 153 der Gewerbeordnung, der als Strafgesetz nicht über die Grenzen seines Wortlautes ausgelegt werden darf, stellt nur die Willensbeeinflussung durch Drohung unter Strafe, und für seinen Tatbestand ist es bedeutungslos, ob der Ankündigung des Uebels das Uebel selbst folgte. Das Vergehen wider § 153 ist mit der Drohung vollendet. Die Ausführung der Drohung kann eine selbständige Verfehlung wider § 153 oder ein sonstiges Schutzgesetz darstellen: ist dies nicht der Fall, so ist, wenn nicht durch die Drohung, sondern durch ihre Ausführung ein Schaden verursacht wurde, der Schaden eben nicht auf einen Verstoß gegen § 153 zurückzuführen.

Diese Deduktion ist zwar etwas sehr gewunden, man wird sich aber merken müssen, daß es der Wille des Reichsgerichts ist, daß der § 153 der Gewerbeordnung nicht über die Grenzen seines Wortlautes ausgelegt werde. Es gibt nämlich viele Gerichte, die in dieser Beziehung ganz anderer Meinung sind.

Die Wendungen in der Eingabe an die Marinebehörden „nicht würdig" und „Verräter" hält das Gericht an sich als ehrverletzend; das kommt aber für den Anspruch auf Schadenersatz nicht in Betracht, denn die Marinebehörden hätten dem Kläger auf Grund der Eingabe die Lieferung doch entzogen, wenn auch die ehrverletzenden Ausdrücke nicht gebraucht worden wären. In den Worten, „daß er nicht würdig sei, die Lieferung für die kaiserliche Marine zu beschaffen", sieht das Reichsgericht keine Verrufserklärung. Das wird sehr tiefsinnig damit begründet, daß die biederen Schuhmachermeister sich nicht angemaßt haben, auf die Entschließungen des Marinekommandos, also auf Personen von hohem militärischen Rang, einen Einfluß auszuüben. Sie haben den Behörden die Tatsachen nur zu dem Zweck mitgeteilt, daß diese aus eigener Entschließung zu dem erhofften Resultat kommen. Die Eingabe war also nur die Anregung zu einer Verrufserklärung!

Es ist für einen juristischen Laien recht schwer, sich in den scharfsinnigen Deduktionen des Reichsgerichts zurechtzufinden. Die Hauptsache ist aber, daß die Unternehmerorganisationen von jeder Schuld frei befunden wurden. Man wird sich noch öfters in Prozessen, die gegen Arbeiter angestrengt werden, auf dieses Urteil beziehen, wir zweifeln aber nicht daran, daß man dann ebenso scharfsinnig nachweisen wird, daß der Arbeiter, der gerade so handelt wie die Kieler Schuhmacherinnungsmänner, sich im höchsten Maße strafwürdig gemacht hat. Denn unsere Justiz urteilt stets ohne Ansehen der Person!

Interkonfessionelle Bruderliebe.

e. Die christlichen Gewerkschaften nennen sich interkonfessionell, womit sie sagen wollen, daß sie von ihren Mitgliedern nicht ein Bekenntnis auf einen bestimmten Glauben verlangen, daß sie im Gegenteil den katholischen wie den evangelischen Arbeitern offenstehen. Von mancher Seite wird sogar zugegeben, daß nicht einmal die Zugehörigkeit zu einer der beiden christlichen Konfessionen erforderlich sei, sondern daß „christlich" in der Gewerkschaftsfrage weiter nichts bedeute als die Zusicherung, daß die Betätigung in der Organisation nicht den christlichen Grundsätzen widersprechen solle, wobei man es dann hauptsächlich auf eine Fernhaltung sozialdemokratisch gesinnter Arbeiter abgesehen hat, da deren Anschauungen angeblich mit den christlichen Grundsätzen in Widerspruch stehen. Ganz klar sind sich die Christlichen über ihren Beinamen nie geworden; man weiß ja, daß die M.-Gladbacher und die Berliner sich fortwährend und sehr erbittert das „wahre Christentum" streitig machen, und selbst im Lager der M.-Gladbacher kann man über die Bedeutung des Wörtchens „christlich" in der Gewerkschaftsfrage die sonderbarsten und verschiedenartigsten Ansichten hören, Ansichten, deren es so viele gibt, wie es Ausleger gibt.

Die Interkonfessionalität, zu der sich die ultramontanen Gewerkschaftsgründer verstanden haben, ist eine Tugend, die in der Not erdacht wurde. Grundsätzlich lag dem Zentrum, das die christlichen Gewerkschaften ins Leben rief, die konfessionelle, also rein katholische Organisation näher. Aber eine solche würde die ultramontane Herkunft, den Zweck als Zentrumsschutztruppe gar zu deutlich verraten haben, und da man doch nicht nur in stockkatholischen, sondern viel mehr noch in gemischt konfessionellen Gegenden — wir erinnern an die Bedeutung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes — die katholischen Arbeiter vor den Sozialdemokraten zu schützen hatte, so mußte man wohl oder übel die Gewerkschaft interkonfessionell einrichten. Die evangelischen Arbeiter, die beitraten, waren eine ganz annehmbare Zugabe; eine Gefahr, daß sie die Mehrheit in den christlichen Gewerkschaften gewinnen würden, lag nicht vor. Die Interkonfessionalität war also als Mittel, den Interessen der Konfessionalität, den Interessen des Ultramontanismus zu dienen, ganz geeignet, und so fand sie denn Aufnahme im Programm der christlichen Gewerkschaften.

Auf evangelischer Seite fand der schlaue Plan allerdings nur geringes Entgegenkommen. Die evangelische Geistlichkeit hat sich im allgemeinen den christlichen, richtiger ultramontanen Gewerkschaften gegenüber ferngehalten, daran ändern gelegentliche Sympathieerklärungen, die mehr dem Haß gegen die Sozialdemokratie als der Liebe zu den Ultramontanen entstammen, nicht das mindeste. Und selbst derartige gelegentliche Empfehlungen stoßen in evangelischen Kreisen auf starken Widerspruch. So findet sich in der „Allg. evangelisch-lutherischen Kirchenzeitung" neuerdings eine Zuschrift, die hinweist auf die Erscheinung, daß nicht nur in Tageszeitungen, sondern auch in Sonntagsblättern christlicher Tendenz, ja auch in Organen für rein kirchliche Interessen Artikel, Berichte und Notizen zur Unterstützung der christlichen Gewerkschaftsbewegung zu finden seien. In der Aufnahme derartiger Stimmungsberichte erblickt der Verfasser der Zuschrift eine Täuschung, vor der er warnen zu müssen glaubt, und zwar aus folgenden Gründen:

Die christlichen Gewerkschaften sind danach auf materieller Grundlage aufgebaute, den Standesinteressen der Arbeiter dienende Organisationen. Aus der Bezeichnung „christlich" erwachsen den Mitgliedern keinerlei Verbindlichkeiten, kein Neueintretender wird um seine Stellung zur christlichen Weltanschauung gefragt, und wenn gelegentlich von christlichen Wortführern betont wird, die Bewegung werde sich im Rahmen des Christlichen halten, so sind die Grenzen dafür schwer oder auch gar nicht zu bestimmen. Gewiß sei ein Gegensatz zwischen christlichen und sozialistischen Gewerkschaften vorhanden, aber von einem Gegensatz im wirklichen Sinne und in ausreichendem Maße sei nicht die Rede. Vor allem sei die christlich-ethische Position viel zu schwach, um der entschlossenen Negative der anderen Seite ein wirksames Gegengewicht herzustellen. Aehnlich oder noch ungünstiger lägen die Dinge auf sozialwirtschaftlichem Gebiete. Hier gebe es zwischen den beiden Organisationen überhaupt keinen Gegensatz, sondern nur einen Unterschied, der zudem nicht einmal prinzipieller Art, sondern nur dem Grade nach vorhanden sei.

Der Gewährsmann der „Allg. evangelisch-lutherischen Kirchenzeitung" weist darauf hin, daß die Christlichen schon aus propagandistischen Rücksichten nicht allzuweit in der Agitation hinter den sozialistischen Gewerkschaften zurückbleiben dürften; legten sie es doch vielfach darauf an, nachzuweisen, daß sie bei Streiks nicht weniger unternehmend und erfolgreich gewesen seien als die roten Organisationen. Und mit Grauen erwägt der Kirchenzeitungsmann die Frage, was die Christlichen tun würden, wenn einst die Sozialdemokraten mit dem Plan des Generalstreiks ernst machten. Alles in allem seien die christlichen Gewerkschaften weder in der christlich-ethischen Vertiefung noch in der sozialen Aussöhnung erfolgreich gewesen. Dagegen sei manches schöne patriarchalische Verhältnis durch sie gestört worden, ja, es scheine fast, als sei jeder der christlichen Gewerkschaft zufallende Arbeiter für ein auch nur ehrerbietiges, geschweige denn ein patriarchalisches Verhältnis zu seinem Arbeitgeber verloren. Aus diesen und anderen Gründen ermahnt die Zuschrift die christliche und kirchliche Presse, in der Aufnahme der ihr von interessierter Seite zugehenden Mitteilungen und Berichte über die christliche Gewerkschaftsbewegung vorsichtiger und zurückhaltender zu sein, sie wenigstens nicht in einer Gestalt zu bringen, die zu falscher Beurteilung der Bewegung führen könnte.

Wie man sieht, erfahren die christlichen Gewerkschaften hier eine recht deutliche Absage von evangelischer Seite. Und man weiß, daß auch die evangelischen Arbeitervereine trotz aller Verbrüderungsversuche der Herren Mumm, Behrens und Genossen sich durchaus nicht für einen allgemeinen Anschluß ihrer Mitglieder an die christlichen Gewerkschaften haben gewinnen lassen können. Gleichgültig, mißtrauisch, ja feindlich stehen die evangelischen Arbeitervereine, je nach der Stimmung ihrer leitenden Personen in den verschiedenen Gegenden den christlichen Gewerkschaften gegenüber. Und sie scheinen, wenn man von gewissen Vorgängen schließen darf, Ursache zu haben, der durch die Interkonfessionalität gewährleisteten Gleichberechtigung zu mißtrauen. In Nr. 14 des „Evangelischen Arbeitervereinsboten", Organs des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine Deutschlands, findet sich ein Artikel, der aus Düsseldorf erbauliche Enthüllungen über die wahre Natur der christlichen Gewerkschaften bringt.

In Düsseldorf hatte die Leitung des Kreisverbandes evangelischer Arbeitervereine sich an mehrere gewerkschaftliche Instanzen gewandt mit dem Ersuchen, bei der Berufung von Beamten auch den evangelischen Teil zu berücksichtigen, was man um so mehr fordern zu können glaubte, als in Düsseldorf bereits 18 katholische Gewerkschaftsbeamte vorhanden sind. Es wurde dann auch zugesagt, evangelische Bewerber zu berücksichtigen. Als sich dann im November 1908 für eine von den christlichen Gewerkschaften ausgeschriebene Stelle neben zwei katholischen Bewerbern auch zwei evangelische meldeten, wurden letztere übergangen. Nach mancherlei Ausflüchten gaben die Christlichen durch den Gewerkschaftssekretär Schmitz folgenden Grund an: Bei der Wahl eines evangelischen Beamten würde die Gefahr vorliegen, daß sich die Gewerkschaftsbeamten bei politischen Wahlen entgegenarbeiten. Außerdem seien neun Zehntel der Gewerkschaftsmitglieder katholisch und der evangelische Beamte würde bei dem größten Teil der katholischen Mitglieder ohne Einfluß bleiben. Und der Gewerkschaftssekretär Eickmann meinte: Wenn man in Düsseldorf eine starke christlichsoziale Partei hätte, dann ließe sich allenfalls über die Sache reden.

Man merkt, die Interkonfessionalität der christlichen Gewerkschaften hat ein Loch, wo es auf die Gleichberechtigung der evangelischen Arbeiter ankommt. Der Gewährsmann des „Evangelischen Arbeiterboten" bemerkt zu dieser Betätigung christgewerkschaftlicher Bruderliebe: „Also keine Frage nach Fähigkeiten oder Können. Der springende Punkt bei der Beamtenwahl ist, daß man erstens Zentrumsmann und zweitens katholisch ist. Nun ja, wenn neun Zehntel der Gewerkschaftsmitglieder katholisch sind, braucht man seinen Gefühlen keinen Zwang anzutun und kann über die Wünsche der Minderheit zur Tagesordnung übergehen. Daß der Verlauf der getätigten Beamtenwahl in Düsseldorf nicht spurlos vorübergehen wird, ist sicher. Innerhalb der evangelischen Arbeitervereine des Düsseldorfer Kreisverbandes kann man die christlichen Gewerkschaften nicht mehr empfehlen. Wenn die Beamten unter Zustimmung der katholischen Mitglieder erklären, daß bei der Wahl der Beamten katholisch ausschlaggebend und Zentrum Trumpf ist, was sollen wir Evangelischen dann noch dort? Etwa das Futter für die Beamtenkrippe liefern?"

Das ist deutlich. Es handelt sich in den christlichen Gewerkschaften demnach um sehr materielle Dinge. Die vielgerühmte „christliche Weltanschauung" und der nicht minder gerühmte „christliche Idealismus" tritt völlig in den Hintergrund. Die Aufrechterhaltung des Zentrumseinflusses ist die Hauptsache, und diesem zuliebe wird auch mit der Interkonfessionalität Schindluder getrieben. Die evangelischen Arbeiter mögen den christlichen Gewerkschaften beitreten, sie mögen zahlen, aber zur Besetzung der Beamtenposten sind diejenigen da, die auf die Zentrumsinteressen eingeschworen sind, allenfalls werden die seelen- und gesinnungsverwandten Christlichsozialen vom Stöckerstamme für wenig erachtet hier und da zu Handlangerdiensten an die Seite der ultramontanen Führer berufen zu werden. Wie die „politische Neutralität" der christlichen Gewerkschaften erfunden worden ist, um die Parteinahme zugunsten des Zentrums zu verdecken, so die Interkonfessionalität, um die ultramontane Interessensucht zu verdecken.

Die Holzindustrie im Bayerischen Wald.

III. (Schluß.)

R. Noch viel trauriger als mit der Arbeitszeit schaut es mit dem Arbeitsverdienste der Holzarbeiter aus. Im allgemeinen bewegt sich der Durchschnittslohn für diese Arbeiterschichten für erwachsene männliche Arbeiter zwischen 2 Mk. und 2,50 Mk. im Tag, vereinzelt bis 3 Mk., und nur in seltenen Ausnahmefällen darüber hinaus, Arbeiterinnen erhalten 1,20—2 Mk. im Tag, jugendliche 0,50 bis 1 Mk. Nach der bereits angeführten Verbandsstatistik betrug der Durchschnittslohn in Zwiesel: für Säger 14,87 Mk. die Woche, für Drechsler 12,52 Mk., für sonstige Holzarbeiter 14,75 Mk.; in Spiegelau: für die Holzwarenfabrik 11,99 Mk. In den Spielwarenfabriken in Lam erhalten männliche Arbeiter 1,80 Mk. im Tag, Arbeiterinnen 6 Mk. die Woche, in der Gabersäge jugendliche im Tag 0,90 Mk. Der Verdienst der Spulenarbeiter in Ottenzell ist für männliche Arbeiter 1,20—1,50 Mk. im Tag oder bei Nachtschicht. Kreissäger erhalten 1 Mk., jugendliche Arbeiter an Maschinen 0,90 Mk. im Tag. Nicht viel besser sind die Löhne in den Fabriken in Frehung. In den Sägewerken in Passau werden für Säger und Maschinisten 2,50—3 Mk. bezahlt, vereinzelt auch darüber. In der Leistenfabrik Kalteneck erhalten Jugendliche 0,90—1,50 Mk., ältere Arbeiter 2—2,50 Mk. im Tag. Gelernte Polierer, Vergolder werden mit 4—4,50 Mk. entlohnt im Tag, aber einige nur so lange, bis die von auswärts herangezogenen Arbeiter Einheimische angelernt hatten, worauf viele der ersteren wieder entlassen wurden, da letztere die Arbeit um 45 Proz. billiger leisten. Die Jalousiebretthobler erhalten für 1000 m hobeln 6,75 Mk., früher 7 Mk., und müssen

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zuzug ist fernzuhalten von:

Tischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Arnswalde (Wegener), Buer, Dortmund, Eisleben (Ochsler), Friedland in Schlesien (Friedländer Holzwarenfabrik), Gelsenkirchen, Goslar (Wagner), Hamborn, Helmstedt (Saalfeld), Herne, Horst-Emscher, Laga in Lippe, Münchenaurach (Götz), Rixdorf (Richter), Oehnhausen (Krahe), Schweichel bei Herford, Sensburg, Stolp i. P. (Constantin Decker), Stralsund (Pichelmann), Swinemünde, Herford (Volkmann, Möbelfabrik), Jena (Grove), Wanne, Wernigerode a. H. (Krebs), Wien, Basel, Bern, Vevey in der Schweiz, Budapest, Amsterdam und Nondwolde in Holland.

Korbmachern nach Eisleben (Busch, Wicht), Halle a. S. (Schmidt), Loitz, Mühlberg a. E. (Thiere), Schönebeck a. E., Wettin bei Halle a. S.

Pantinenmachern nach Treuenbrietzen (Bubel).

Vergoldern nach Ulm a. Donau (Geiß).

Knopfmachern nach Frankenhausen a. Kyffh. (Voigt, Schneider).

Drechslern nach Gehlberg i. Thür. (Hartwig), Kötzschenbroda-Niederlößnitz (Miersch).

Polierer nach Leipzig (E. Escher).

Stellmachern und **Tischlern** nach Stolp in Pommern (Wagenfabrik Nitschke).

---

dabei die Bretter von der Fabrik holen und nach dieser wiederbringen, genau in Bündeln verpackt; wozu sie Packpapier und Bindfaden noch liefern müssen. Im besten Falle ist ein Heimarbeiter imstande, die Woche 1500 bis 2000 m zu hobeln. —

Daß in diesen Gegenden die Unfallgefahr eine recht große ist, braucht kaum besonders erwähnt zu werden; zahlreich sind die Arbeiter mit verstümmelten Händen anzutreffen, die infolge des niedrigen Lohnes noch obendrein äußerst niedrige Unfallrenten erhalten. Ueber die verschiedensten Mißstände in den Betrieben ließen sich ganze Abhandlungen schreiben, z. B. über fehlende Schutzvorrichtungen an den Holzbearbeitungsmaschinen, den Transmissionen und dergleichen, Arbeitsordnungen, Akkordentlohnung, Ueberstundenwesen und sonstige Bestimmungen des Arbeitsvertrages sind einseitig zugunsten des Unternehmers abgefaßt und bleibt auf diesem Gebiete noch mehr als alles zu wünschen übrig.

So werden z. B. in einer Fabrik in Spiegelau sogenannte Vorschußmarken, aus Blech gefertigt, den Arbeitern gegeben, die in der zur Fabrik gehörigen Wirtschaft in Zahlung genommen werden, die Folge ist, daß der Lohn vielfach in Alkohol umgesetzt wird, und am Samstag bringt dann der verheiratete Arbeiter oft nur ein paar Mark an Geld der Familie nach Hause. Interessant und als bemerkenswertes Symptom ist zu beachten, daß die genannte Fabrik eine Brauerei in ihren Besitz gebracht hat, dadurch sind auch die Wirte von dieser abhängig und die Lokalverweigerung zu Versammlungen erklärlich. Man stelle sich dann noch die vielen katholischen Feiertage im Jahre vor, die hierdurch geschaffenen vielen Wochen mit nur 5 oder gar 4 Arbeitstagen und den Verdienst in solchen Zeiten. Es gibt Wochen, wie z. B. Weihnachten, Neujahr, in welchen zahlreiche Familienväter nur 5—6 Mk. die ganze Woche verdienen. Wirklich ein Bild traurigen Arbeiterelendes aus dem Bayrischen Wald! Die Folgen sind schlechte und Unterernährung der gesamten dortigen Bevölkerung.

Die Kindersterblichkeit ist eine hohe, ebenso fordert die Schwindsucht zahlreiche Opfer. Die Kinder bilden vielfach ein Bild des Jammers, viele leiden an Skrofulose, sind infolge von Unreinlichkeit mit Ausschlägen und Geschwüren in Gesicht und Händen behaftet. Infolge dieses Elendes und des niedrigen Erziehungs- und Bildungsstandes ist es erklärlich, daß der Alkoholgenuß recht stark vorherrschend ist. Hierzu gesellt sich ein leidenschaftliches Tabakschnupfen, des sogenannten „Schmalzler", der dort vielfach noch selbst bereitet wird mit einem Zusatz von Schmalz und Kalk. Erstaunlich ist es, welche Mengen von Schnupftabak dort konsumiert werden. Die Hauptnahrung der Bevölkerung bildet die Kartoffel in schlechter Qualität, Kartoffelnudeln, Schwarzbrot oder Kartoffelknödel, Schwarzbrot und Gemüse oder minderwertiges Kuhfleisch und schlechte Wurstwaren, auch sogenannter Backsteinkäse. Dabei sind die Preise bei den Kleinkrämern für mittlere Waren den Preisen in Großstädten ähnlich. Die Berichte des niederbayerischen Fabrik- und Gewerbeinspektors konstatieren in den Jahren 1905, 1906 und 1907 eine erhebliche Steigerung der Lebensmittelpreise, darunter für Kartoffeln bis um 17,6 Proz., für Mohrrüben, Sauerkohl, Weißkohl, oft bis zu 40, teilweise 65,2 Proz.; ähnliches war beim Fleisch zu konstatieren. In einer Reihe von Orten ist Wohnungsmangel vorhanden.

Das Elend der Arbeit wird in den meisten Fällen noch dadurch erhöht, daß die Arbeiter von den entlegenen Orten und vereinzelt stehenden Häuschen oft recht weite Wege von und zur Arbeitsstätte zurückzulegen haben. Entfernungen von 1—2 Stunden Weges sind nicht selten. Es gibt Arbeiter in der Gegend von Spiegelau, die morgens um 4 oder ½5 Uhr von zu Hause fort müssen und abends dann erst um 8 oder 9 Uhr wieder zurückkommen. Diese Arbeiter essen mittags das mitgebrachte Essen in den Fabrikräumen oder der Kantine, eine Anzahl auch im Wirtshaus. Die Nahrung für Mittag besteht in wenigen Fällen in Fleischkost, größtenteils wird dann Bier mit etwas Wurst oder Käse, Kaffee oder eine Wassersuppe mit einem großen Schwarzbrotknödel in den Fabrikräumen gemeinsam mit der gleichfalls im selben Betriebe beschäftigten Frau und den Kindern, welche das Essen bringen, eingenommen. In sehr vielen Fällen besteht das Frühstück und Vesper aus trockenem Brot, öfters muß auch sogar auf dieses verzichtet werden, namentlich bei Arbeitern mit zahlreicher Familie.

Die Aufklärungsarbeit der Organisationen schreitet auch hier mit der zunehmenden Industrieansiedlung, wenn auch langsam, aber um so sicherer vor. In der großen und zahlreichen Glas- sowie der Granitsteinindustrie, der Porzellanfabrikation und Tonerdegewinnung sind kräftige Ansätze zur Organisation vorhanden. Die Glasarbeiter, die vielfach aus intelligenten, von auswärts zugezogenen Arbeitskräften durchsetzt sind, haben bereits bedeutende Lohnbewegungen durchgefochten. Der Verband der Steinarbeiter hat erst im Februar dieses Jahres in der Mettener Gegend einen 35 Wochen dauernden Lohnkampf mit den organisierten Granitwerkbesitzern erfolgreich beenden können. Der gleiche Verband führte erfolgreiche Lohnkämpfe in den Granitsteinbrüchen der Büchelberger Gegend.

Das Unternehmertum der Holzindustrie ist gleichfalls gut organisiert. Die kapitalkräftigen Sägewerksbesitzer sind vielfach in ihren Industriellenverbänden und im Verein bayrischer Holzinteressenten organisiert. Die kleinen Unternehmer, teilweise in Innungen, und vor nicht gar langer Zeit traten die Jalousiebrettfabrikanten zusammen zur Gründung einer Vereinigung, zunächst zwecks Erzielung höherer Verkaufspreise. Seit Jahren ist auch unser Verband am Werke, Aufklärung im Bayerischen Wald zu verbreiten. In Passau, Zwiesel und Lam hat der Verband in seinen Zahlstellen Stützpunkte, von wo aus planmäßig unter vielen Mühsalen die Agitation betrieben wird. In Spiegelau wurde uns die dortige Zahlstelle vom Unternehmertum mit Hilfe der Geistlichen aufgerieben. Vorher fanden die letzteren es nicht für notwendig, sich für das Elend der Arbeiter zu interessieren; das Gewissen erwachte erst mit dem Vordringen unseres Verbandes und dann begannen auch die Verfolgungen, Ausschluß der betreffenden Arbeiter aus den katholischen Arbeitervereinen, Bearbeitung der Arbeiterfrauen, den Mann vom Zahlen der Beiträge abzuhalten, Einführungsversuche von christlichen Gewerkschaften, namentlich solcher mit niedrigeren Beiträgen, dazu Maßregelungen der Arbeiter durch die Unternehmer und der erste Versuch unsererseits, dort festen Boden zu gewinnen, war abgeschlagen. Dies Ziel zu erreichen, wurde den Geistlichen auch dadurch erleichtert, daß, wie schon erwähnt, die meisten der Arbeiter eine, wenn auch noch so erbärmliche Hütte ihr eigen nennen, auf der sie als Hypotheken Kirchengelder oder Gelder von anderen Anstalten liegen haben, wobei oft ein versteckter Hinweis auf die eventuelle Kündigung dieser Gelder genügte, um die Arbeiter gefügig zu machen. Wußten sie doch, daß auf solche Hütten schwer wieder [illegible] zu beschaffen ist.

Nach Zerstörung der Organisation blieb es wieder beim alten Zustand, die von Gott gewollte Gesellschaftsordnung war gerettet. Die Organisierung und Aufklärung dieser Arbeiterschichten wird und muß geschehen in ihrem eigenen Interesse, um sie dadurch dem Elend der grenzenlosen Ausbeutung zu entreißen und im Interesse der Allgemeinheit und der Holzarbeiter im besonderen. Die Arbeiterschichten des Bayerischen Waldes sind mit zahlreicher Nachkommenschaft gesegnet. Familien mit 4 bis 5 Kinder bilden in vielen Gegenden die Regel, solche mit 8—10 und mehr Kinder sind keine Seltenheiten. Von frühester Kindheit an müssen die Leute zur Arbeit heran. Da aber in der Industrie dortselbst, im Staatswalde und erst recht in der Landwirtschaft, der Bedarf an Arbeitskräften bei weitem durch das Angebot überstiegen wird, so wandern viele Hunderte alljährlich hinaus in die Lande. Es gibt zahlreiche Familien, die Angehörige oder Verwandte haben, die nach Amerika ausgewandert sind, um dort ihr Glück zu suchen; in den meisten Familien ist die herangewachsene Generation in den süddeutschen Städten, nicht selten auch in Norddeutschland zu finden. Mit Vorliebe wurden Säger und Maschinisten vor noch gar nicht vielen Jahren von Agenten aus Passau und dem Walde zu Streikbrecherdiensten in alle möglichen Städte herangeholt. Der „Waldler" ist der geborene Holzarbeiter und die meisten können an Holzbearbeitungsmaschinen arbeiten, dazu kommt, daß er nicht so sehr an seiner Heimatscholle hängt, und wenn in München, Nürnberg, oder in den Sägewerken des Algäu und Oberbayerns, von Straubing, Landshut und näher gelegenen Städten gar nicht zu reden, einmal eine genaue Statistik aufgenommen würde über die ursprüngliche Heimat der Säger und Maschinenarbeiter, ein erheblicher, wenn nicht gar der größere Prozentsatz dürfte den Bayerischen Wald als solche bezeichnen. In der groben Holzindustrie finden sich in den Holzsapelplätzen in Mannheim, am Rhein und anderen Städten ebenfalls Arbeiter dieser Gegend in reicher Zahl.

Die Organisierung der Arbeiter des Bayerischen Waldes wird und muß geschehen, die Sendboten des Verbandes und namentlich die wackeren aufgeklärten Kollegen, die in dieser Gegend arbeiten und allen Verfolgungen und Anfeindungen zum Trotz den Samen der Aufklärung dort tagtäglich ausstreuen, könnten manchen Kollegen der Großstadt mit ihren fortgeschrittenen Organisationen, Einrichtungen und auch mit ihren Errungenschaften als ein leuchtendes Beispiel hingestellt werden, wie man mit Ueberzeugung und Ausdauer für die Arbeiterschaft wirken kann. Und wie man sich auf solch harten, steinigen Boden mit schrittweisem Erfolge dabei noch obendrein befriedigt fühlt für die geleistete Arbeit. Dieser Bevölkerung besseren Lohn, kürzere Arbeitszeit, eine höhere Lebenshaltung zu erkämpfen, wird in den Annalen der Geschichte dem Verbande als eine Kulturtat ersten Ranges gebucht werden können. Fürwahr, wir haben in manchen Gegenden noch recht viel Arbeit zu leisten. Weigere sich niemand, kräftig nach seinem Können, seiner Fähigkeit entsprechend, mitzuhelfen.

Soziales.

Zentrumssozialpolitik.

Aus Münster i. W. wird uns geschrieben:

Es ist das alte Lied von Volksbetrug und Arbeiterverrat. Donnernde Reden in den Parlamenten, verheißungsvolle Resolutionen auf Konferenzen und Katholikentagen und im praktischen Leben Hohn und Spott. Es fällt dem Zentrum gar nicht ein, dem Arbeiter in der Praxis das zu geben, was es ihm in der Theorie verspricht. Wo ist in Deutschland eine Stadt mit absoluter Zentrumsherrschaft, die auch nur einen einzigen der schönen sozialpolitischen Programmpunkte und Resolutionen des Zentrums in die Tat umgesetzt hätte? Die Rechtlosigkeit der Arbeiter ist gerade dort am größten, wo die Macht des Zentrums am stärksten ist. Das schmachvolle Verhalten der Aachener Stadtverwaltung aus Anlaß des Weberstreiks bei Craus u. Hoffmann ist noch in frischer Erinnerung. Um die Arbeiterschaft wieder unter das Joch der Fabrikanten zu beugen, wird die Armenkommission mobil gemacht.

Zwar nicht so offen und brutal, aber deswegen um so wirkungsvoller, weil hinterlistig und versteckt das Vorgehen der Stadtverwaltung zu Münster i. W. ist. Gleich zu Beginn der verheerenden Krise war es der Magistrat dieser waschechten Zentrumsstadt, der durch Herabsetzung der Stundenlohnsätze für städtische Arbeiter versuchte, das allgemeine Niveau der Lohnhöhe herunterzudrücken. Zur Begründung dieser „arbeiterfreundlichen" Maßnahme wurde ausgeführt, es sei durchaus nicht Gesetz, daß die Arbeitslöhne sich nur in aufsteigender Linie bewegen müßten! Daß der geplante Schlag gegen die Arbeiterschaft nicht glückte, hatte seinen Grund in der Befürchtung der Zentrumsstadtverordneten, den Unternehmern möchte die Abwälzung des Abzuges auf die Schultern der Arbeiter durch Streiks unmöglich gemacht werden.

Dieser erste Mißerfolg entmutigte indes die Stadtverwaltung keineswegs. Sie versuchte es nur auf anderem Wege, ihr Ziel zu erreichen. Die Arbeiten wurden in städtischer Regie ausgeführt, wogegen sich ja an und für sich nicht viel sagen ließe, wenn dabei die Tarifbestimmungen der in Betracht kommenden Gewerbe beachtet worden wären. Aber diese Bestimmungen, speziell in bezug auf Lohnhöhe, illusorisch zu machen, war ja das Bestreben der Stadtverwaltung. Sie bezahlte deshalb 35—40 Pf., wo der Tariflohn 44—51 Pf. betrug. Auf eine dieserhalb von unserem Verbande eingelegte Beschwerde an Magistrat und Stadtverordnetenkollegium erklärte ersterer, daß er sich um Tarifverträge nicht kümmern könne. Dergleichen Ansicht war das Stadtverordnetenkollegium. Aber es sollte noch besser kommen. Durch das Verhalten der Stadtverwaltung ermutigt, versuchten es auch die Unternehmer mit Tarifbrüchen. Als erste traten die Unternehmer im Holzgewerbe auf den Plan, indem sie ihren Arbeitern den tariflich vereinbarten Lohn um 3½ Pf. pro Stunde kürzten. Und nun zeigte sich die Arbeiterfürsorge des Zentrums in hellstem Lichte. Das christliche Gewerkschaftskartell stellte beim Magistrat und Stadtverordnetenkollegium den Antrag, tarifbrüchige Unternehmer von städtischen Arbeiten und Lieferungen auszuschließen. Nun hätte man doch billigerweise erwarten sollen, daß das Hilfegeschrei des eigenen Kindes erhört worden wäre. Aber weit gefehlt. Von 51 Stadtverordneten stimmten ganze 5 für den christlichen Antrag. Nur einem glücklichen Umstande war es zu danken, daß derselbe nicht durch einfachen Uebergang zur Tagesordnung erledigt wurde.

Fast zur gleichen Zeit, wo der Zentrumsvertreter in der Budgetkommission des Reichstages, der Abgeordnete Erzberger, den Kriegsminister scharf angriff, weil er der Resolution des Reichstages in bezug auf Vergebung staatlicher Lieferungen an tariftreue Firmen zu wenig Beachtung geschenkt hatte, waren in Münster i. W. die Zentrumsstadtverordneten der einhelligen Ansicht, daß ein Tarifbruch der Unternehmer nicht bestraft werden dürfe. Aber das ist Zentrumssozialpolitik! Hochtönende Reden und Resolutionen als Köder für die blindgläubigen Massen und als probates Mittel, dem politischen Gegner zu schaden. In den Gemeinden aber, wo diese Sozialpolitik zum praktischen Ausdruck kommen sollte, sucht man dem Arbeiter in dem Bestreben, seine Lage zu verbessern, auf alle Art Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Hier tritt derjenige Teil des Zentrumsprogramms in Kraft, der von der [illegible] sorge für alle Klassen handelt, und da eine p[illegible] Sozialpolitik notwendigerweise den Profit der [illegible] Hausagrarier, Unternehmer und Kleingewe[illegible]

schädigen würde, so fängt man mit der Fürsorge für alle Volksklassen eben von oben an.

In dieser zweideutigen, arbeiterverräterischen Politik wird das Zentrum von den christlichen Gewerkschaften getreulich unterstützt. Für das Linsengericht, einen der Ihrigen in das Stadtparlament entsenden zu dürfen, um dort als „weiße Salbe" zu dienen, wählen sie unbedenklich die ärgsten Arbeiterfeinde. In einem Aufrufe der christlich organisierten Arbeiter Münsters wird es als Ehrenpflicht bezeichnet, diejenigen Zentrumskandidaten zu wählen, die 14 Tage vorher in öffentlicher Versammlung dazu aufgefordert hatten, die christlichen Organisationen gerade so gut wie die freien zu vernichten. Die Macht des Zentrums ist dort am größten, wo die christliche Arbeiterbewegung am stärksten ist, aber nirgends wird auch weniger für die Arbeiter getan als dort, wo das Zentrum das politische und wirtschaftliche Leben beherrscht. Wo hat man in einer solchen Stadt die Sicherung von Tarifverträgen durch Ausschließung tarifbrüchiger Unternehmer von städtischen Lieferungen durchgeführt, wo ist in einer vom Zentrum beherrschten Stadt die Ablehnung der Streikklausel ausgesprochen, wo hat man einen sozialen Ausschuß, wo ein Tarif- resp. Einigungsamt bei gewerblichen Streitigkeiten, wo eine auch nur um das geringste über das unbedingt Notwendige hinausgehende Fürsorge für städtische Unterbeamte und Arbeiter? Lauter Forderungen, die die Herren Erzberger, Trimborn, Giesberts nicht laut genug zu den Parlamentsfenstern hinausschreien können. Statt dessen Wohltaten, Fürsorgevereine, mildtätige Stiftungen, Suppen an den Klosterpforten.

Das ist die Sozialpolitik einer Zentrumsstadt. Will der Arbeiter aber Rechte, dann erhält er Fußtritte. Und die christlichen Gewerkschaftsführer leisten Handlangerdienste dabei.

Der 5. Allgemeine Kongreß der Krankenkassen Deutschlands wird zum 17., 18. und 19. Mai nach Berlin einberufen. Auf der Tagesordnung steht: „Die Vorlage zur Reichsversicherungsordnung." Zu diesem Kongreß werden alle Orts-, Betriebs-, Fabriks-, Innungs-, Knappschafts- und freien Hilfskrankenkassen Deutschlands eingeladen. Wo mehrere Kassen an einem Orte sind, können diese auch gemeinsam zu der Beschickung des Kongresses Stellung nehmen. Die Kosten für die Beschickung trägt jede Kasse resp. Kassenvereinigung selbst.

Anträge für den Kongreß, welche die Tagesordnung betreffen, sowie sonstiges geeignetes Material ist spätestens bis zum 10. Mai an die Zentrale für deutsches Krankenkassenwesen einzusenden. Ebenso ist der Kongreßbeitrag, der für jeden Teilnehmer 5 Mk. beträgt, im voraus mit der Anmeldung zum Kongreß an die Zentrale einzusenden. Die Adresse der Zentrale ist: E. Simanowski, Berlin, Engelufer 15.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Auf die in voriger Nummer erfolgte Ausschreibung der drei im Verbandsbureau neu zu besetzenden Hilfsarbeiterstellen machen wir hierdurch nochmals aufmerksam.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 17. Wochenbeitrag für das laufende Jahr fällig geworden.

In einigen Tagen wird als Broschüre erscheinen: „Tarifffragen der Parkettleger. Verhandlungen der Parkettlegerkonferenz in Berlin am 25. und 26. Januar 1909." Die Broschüre wird zum Preise von 10 Pf. pro Exemplar abgegeben und bitten wir, Bestellungen baldigst an uns einzusenden.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

82 426 Karl Niedermeyer, Tischler, geb. 7. 12. 72 zu Johanngeorgenstadt.
106 392 Vinzenz Wehner, Tischler, geb. 9. 12. 86 zu Würzburg.
130 228 Karl Löhlein, Tischler, geb. 30. 1. 85 zu Rußheim.
171 071 August Hachenberger, Tischler, geb. 21. 7. 73 zu Obernhofen
222 581 Gustav Golz, Tischler, geb. 26. 4. 66 zu Danzig.
274 362 Andreas Hell, Tischler, geb. 10. 5. 88 zu Waldast.
278 799 Josef Unrecht, Maschinenarbeiter, geb. 25. 12. 87 zu Passau.
297 386 Fritz Schacht, Tischler, geb. 30. 3. 80 zu Burgdorf.
305 568 Otto Klingler, Tischler, geb. 28. 2. 89 zu Crossen.
311 809 Johann Petry, Tischler, geb. 11. 7. 78 zu Merchingen.
372 053 Mathias Unerstoldt, Tischler, geb. 5. 2. 88 zu Riemsloh.
415 608 Max Schinnack, Tischler, geb. 5. 3. 70 zu Forst.

Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 2.

Der Verbandsvorstand.

Agitationsberichte.

An den Agitationstouren in der Zeit vom 13. bis 28. März waren eine so große Zahl von Referenten beteiligt, daß wir in diesem Fall ausnahmsweise von der seither geübten Praxis absehen müssen, die uns zugegangenen Berichte der Agitatoren in vollem Umfange wiederzugeben. Die Rücksicht auf den Raum unserer Zeitung nötigt uns zu einer mehr summarischen Berichterstattung, bei welcher wir uns darauf beschränken, das wichtigste aus den einzelnen Berichten zu zitieren. Wir beginnen mit dem

Gau Stettin. Kollege Göttfried schreibt, daß der Besuch der Versammlungen die an die fleißig betriebenen Vorarbeiten geknüpfen Erwartungen nicht überall erfüllt habe. In einer ganzen Reihe von Orten waren die Versammlungen immerhin recht gut besucht und ihr Verlauf zeigte, daß dort die Kollegen mit Lust und Liebe zur Organisation stehen. Unorganisierte fehlten fast durchweg in den Versammlungen, in denen deshalb nur wenige Aufnahmen vollzogen wurden. Einen besseren Erfolg hatte in dieser Beziehung die vorausgegangene Hausagitation, die in fast allen Zahlstellen Mitgliederzuwachs gebracht hat. Der allgemeine Eindruck des Referenten war, daß die Kollegen durch die Krise sehr eingeschüchtert sind und daß auch das Fernbleiben der Unorganisierten darauf zurückzuführen ist. Die Versammlungen haben aber dazu beigetragen, die Kollegen zu neuer Werbearbeit zu ermuntern. Während Kollege Göttfried Mecklenburg zu bearbeiten hatte, besuchte Kollege Hartung einige Orte in Pommern. Er berichtet von zufriedenstellendem Besuch der meisten Versammlungen; in mehreren Orten waren alle Mitglieder erschienen. Unorganisierte hatten sich nur in wenigen Orten eingefunden, doch wurden dort, wo solche erschienen waren, auch Aufnahmen vollzogen. Dem Referat wurde überall mit großer Aufmerksamkeit gefolgt, doch wurde von der Diskussion nur spärlich Gebrauch gemacht.

Gau Breslau. „In fast allen Versammlungen habe ich feststellen können, daß unsere Kollegen in Schlesien dem Organisationsleben das größte Interesse entgegenbringen," schreibt Kollege Exner. Dementsprechend waren auch die Versammlungen gut besucht. Wo der Besuch der Versammlungen zu wünschen übrig ließ, war das auf die infolge des Tauwetters fast ungangbar gewordenen Wege zurückzuführen. Die Versammlungen nahmen überall einen glatten Verlauf, bis auf Glatz, wo die Hirsch-Dunckerschen Holz- und Metallarbeiter 12 Mann stark unter der Führung eines gewissen Renner aus Liegnitz angerückt waren. Dieser interessante Zeitgenosse brachte in der Diskussion unter anderem die Geschichte von dem Frühstück aufs Tapet, um welches der Metallarbeiterverband in Hamburg die Werftarbeiter verraten haben soll. Es scheint, daß dieser Schwindel bei den Hirschen nicht auszurotten ist, obwohl sie doch wissen sollten, wie sehr sich der Oberhirsch Gleichauf an diesem Frühstück schon den Magen verdorben hat. Dem kleinen Kläffer wurde in gebührender Weise heimgeleuchtet. Kollege Exner schreibt dazu, daß es sein Grundsatz sei, jeden immer so zu behandeln, wie er es verdient. Die „Eiche" hat übrigens einen Bericht über diese Versammlung gebracht, zu welchem die Redaktion in bezug auf den Kollegen Exner die Bemerkung macht: „Anständig diskutieren kann dieser Mensch nicht." Im Hinblick hierauf schreibt Kollege Exner, daß solche Verläumder, wie sie im Lager der Hirsch-Dunckerschen angetroffen werden, zu den anständigen Menschen nicht gerechnet werden dürfen. — Kollege Falkenberg hat in Oberschlesien keine guten Erfahrungen gemacht, der Versammlungsbesuch ließ fast überall zu wünschen übrig; in Niederschlesien waren die Versammlungen weit besser besucht. Er kann von einer Reihe von Neuaufnahmen berichten. Gewundert hat er sich, daß die Christen, die doch in Oberschlesien einen ganzen Stab von Beamten haben, sich in den Versammlungen nicht sehen ließen. „Zu bedauern ist," schreibt er, „die Zersplitterung unserer Kollegen; in Orten, wo kaum 100 Holzarbeiter beschäftigt sind, sind diese in vier Organisationen zersplittert. Da ist es schwer, im Interesse der Kollegen zu wirken und ihnen zu einer besseren Lebenshaltung zu verhelfen."

Gau Dresden. Ueber durchweg gut besuchte Versammlungen kann Kollege Kayser berichten. In Waldheim waren zirka 200, in Geringswalde 350, in Rabenau 400, in Dresden 1500 Personen anwesend, aber auch in den kleinen Orten im Erzgebirge waren die Versammlungen gut besucht. In den meisten Orten waren auch einige Unorganisierte erschienen, von denen sich ein Teil aufnehmen ließ. Die vorausgegangene Hausagitation war überall gründlich durchgeführt worden und hatte meist den erwarteten Erfolg gebracht. Im ganzen läßt sich konstatieren, daß die Agitation und ihre Vorbereitung aufrüttelnd gewirkt hat und daß die Kollegen neuen Mut zu fassen beginnen. Verschiedentlich wurde von Bemühungen der Unternehmer berichtet, die Arbeiter für gelbe Vereine zu gewinnen, die unter verschiedenen Namen, wie nationale, christlich-nationale oder evangelische Arbeitervereine zum Teil schon gegründet oder in der Gründung begriffen sind. Unsere Kollegen werden diese Gebilde mit der nötigen Aufmerksamkeit verfolgen. Kollege Kahl beichtet, daß in den von ihm besuchten Orten der Einfluß der Krise sich stark bemerkbar mache. Die große Arbeitslosigkeit wird von den Unternehmern benützt, um die Löhne zu drücken. In Georgswalde-Ebersbach sind die von den Klavierfabrikanten vorgenommenen Abzüge besonders stark, trotzdem verhält sich das Gros der Kollegen fast stumpfsinnig. In Löbtau liegen die Verhältnisse ähnlich; hier wird über den lächerlichen Künstlerstolz geklagt, der die Klavierarbeiter abhält, ihre Interessen energisch wahrzunehmen. In Seifhennersdorf besteht ein von den Unternehmern subventionierter gelber Arbeiterverein. Die Fabrikanten konnten deshalb auch bedeutende Lohnabzüge durchführen. Die Versammlungen nahmen überall einen guten Verlauf, auch wurde eine Reihe von Aufnahmen vollzogen. Ueber das Ergebnis der gepflogenen Diskussionen schreibt Kollege Kahl: „Wie über die Unterstützungseinrichtungen, so kann ich auch bezüglich der taktischen Maßnahmen des Verbandes, besonders betreffs der Tarife, überall von einem Gleichklang der Stimmen berichten." — Ueber gut besuchte Versammlungen berichtet auch Kollege Schirmer; eine Ausnahme machten nur die Orte Döbeln, Großenhain und Großröhrsdorf. Gerade in diesen Orten hätten es aber die Kollegen doppelt nötig, sich auch um die Organisation zu kümmern, da es ihre Gleichgültigkeit den Unternehmern ermöglicht hat, Lohnabzüge durchzuführen. In Döbeln und Großenhain beginnen sich bereits allerlei wunderliche Organisationsblüten zu entwickeln, die sich noch unangenehm bemerkbar machen können, wenn die Kollegen nicht auf dem Posten sind. „Im allgemeinen," schreibt Kollege Schirmer, „ist es ein harter Boden, der auf dieser ganzen Strecke noch zu bearbeiten ist, weit über die Hälfte der Kollegen ist noch unorganisiert." In den Versammlungen wurden nur wenige Aufnahmen für den Verband erzielt, „doch war die Arbeit schließlich nicht umsonst, mancher lässig gewordene Kollege ist wieder ermuntert worden zu neuem Wirken und Schaffen für seine Organisation".

Gau Chemnitz. Kollege Dörfer hat das Erzgebirge und das Vogtland besucht und gefunden, daß das ein schwer zu bearbeitendes Gebiet ist. „Der Erfolg kann aber im allgemeinen als ein sehr guter bezeichnet werden, wenn auch der Besuch der Versammlungen hier und da noch zu wünschen übig ließ." In Rothenkirchen, das zur Zahlstelle Schönheide gehört, mußte die Versammlung ausfallen, da der Wirt im letzten Augenblick das Lokal verweigerte. In Schönheide haben sich die Kollegen durch gelbe Arbeitervereine von den Fabrikanten einlullen lassen und müssen nun Abzüge auf Abzüge erdulden. Der Besuch der Versammlungen durch Unorganisierte war nur minimal, doch wurden eine Reihe von Aufnahmen vollzogen. Kollege Pleninger ist mit dem Erfolg seiner Tour im allgemeinen zufrieden. In Werdau waren einige Gewerkvereinler in der Versammlung erschienen, wo sie sich an der Diskussion beteiligten und sich nach Kräften blamierten. In Wilkau hatte eine größere Fabrik für den Versammlungsabend eine Krankenkassenversammlung einberufen, doch konnte das dem Besuch unserer Versammlung keinen wesentlichen Abbruch tun. In den Versammlungen wurden eine Anzahl Aufnahmen vollzogen; in Jöhstadt meldeten sich 12 Kollegen zum Beitritt, obwohl gerade dort die Fabrikanten durch Maßregelungen die Organisation zu unterdrücken suchen. Kollege Struve schreibt: „Selten bin ich von einer Agitationstour so befriedigt heimgekehrt wie von dieser. Die Versammlungen waren mit wenigen Ausnahmen sehr gut besucht." Durch die Agitation wurde eine erhebliche Zahl neuer Mitglieder gewonnen. Die Diskussion in den Versammlungen war meist recht anregend. Zu bedauern ist nur, daß die Frauen nicht zahlreicher erschienen waren, obwohl die Frauenarbeit in den besuchten Orten eine große Rolle spielt.

Gau Erfurt. Kollege Kißner hat auf seiner Tour den Eindruck gewonnen, daß die Kollegen in letzter Zeit ganz außerordentlich gearbeitet haben und daß insbesondere durch die Hausagitation ganz wesentliche Fortschritte erzielt wurden. Die Versammlungen waren dementsprechend fast durchweg gut besucht, und die Kollegen zeigten eine hoffnungsfrohe Stimmung. Bemerkenswert war die Versammlung in Lauterberg, wo 400 Personen, darunter viele Frauen, erschienen waren. Es waren aber auch zirka 50 Fabrikanten, Werkmeister, Lehrer usw. anwesend und diese Herrschaften hatten sich einen Reichsverbandsagitator namens Komoll aus Hannover verschrieben, der sich der undankbaren Aufgabe unterzog, die Stuhlarbeiter von dem guten Herzen der Fabrikanten zu überzeugen. Der Beifall, der den Ausführungen unseres Kollegen gezollt wurde, dürfte den Reichsverbandsmann darüber belehrt haben, daß für ihn keine Lorbeeren zu ernten sind. Den Gesamteindruck, den Kollege Kißner gewonnen hat, faßt er zusammen in die Worte: „In manchen der besuchten Orte sind noch recht viele Holzarbeiter für die Organisation zu gewinnen, mögen Heimarbeit und elende Löhne auch die Agitation erschweren. Die Erfolge, welche die fleißige Arbeit der Kollegen in den letzten Wochen gezeitigt hat, zeigen aber, daß es möglich ist." Kollege Heinemann ist mit dem Erfolg seiner Agitationstour im allgemeinen zufrieden. Abgesehen von einigen Ausnahmen, hat er unter den Kollegen das eifrige Bestreben vorgefunden, unablässig an dem Ausbau und der inneren Festigung der Organisation zu arbeiten. Die Versammlungen waren meist gut besucht; nur in Suhl mußte die Versammlung des schwachen Besuches wegen ausfallen. In Jena, wo eine Anzahl Unorganisierter und auch Angehörige gegnerischer Organisationen anwesend waren, begingen einige Kollegen die Ungeschicklichkeit, sich gegen das Unterstützungswesen auszusprechen und die Maifeier, die von dem Referenten gar nicht erwähnt war, einer Besprechung zu unterziehen. Die Diskussion über solche Gegenstände dürfte besser in die Mitgliederversammlungen zu verlegen sein. „Wenn ich," schreibt Kollege Heinemann, „die gemachten Erfahrungen und den Gesamteindruck zusammenfasse, so muß ich sagen, daß für unsere Organisation in dem von mir bereisten Teil des Erfurter Gaues noch ein riesiges Feld brach liegt. Möge unsere Organisation recht bald in die entlegenen Gegenden des Gaues, dort, wo hinter Wäldern versteckt die Heimindustrie mit all ihrem Elend schlummert, ihren Einzug halten."

Korrespondenzen.

Darmstadt. Darmstadt gehört mit zu den 23 Städten, über welche in Leipzig der Schiedsspruch gefällt wurde. Derselbe wurde auch unsererseits angenommen, nicht aber von den Unternehmern. Hier zeigt es sich, daß man auf das Wort der Unternehmer nichts geben darf. Die Herren sind keine vertragswürdigen Kontrahenten. Sie wollten wie gewöhnlich wieder eine Extrawurst haben. Die Kollegen sind darauf nicht eingegangen und die Verhandlungen ruhten bis Februar dieses Jahres. Am 5. Februar fand nun wieder auf Einladung der Arbeitgeber hin eine Verhandlung statt. In derselben verlangten die Arbeitgeber wiederum Streichung verschiedener Absätze im Vertrag; sie traten dabei so brutal auf, daß die Verhandlungen abgebrochen werden mußten. Uns läßt ja die ganze Geschichte kalt, wir können es abwarten. Bei passender Zeit werden wir mit den Herren wohl in etwas anderer Tonart reden. Jetzt glauben die Herren mit uns machen zu können, was ihnen beliebt. Alles mögliche wird und wurde versucht. Löhne und Abschlagszahlungen gekürzt, Akkord eingeführt, wo bisher Lohnarbeit galt usw. Meistenteils ist es uns gelungen, die Verschlechterungen abzuwehren. Wo dies nicht der Fall ist, da muß leider konstatiert werden, daß die Kollegen nicht immer die nötige Energie an den Tag legten. In solchen kleineren Fällen sollen sich die Kollegen nicht immer auf die Verwaltung berufen, sondern jeder einzelne muß vor allen Dingen selber seinen Mann stehen. Um dies zu können, muß man die Versammlungen regelmäßig besuchen. Hierin wird noch viel gesündigt, und erwarten wir von den Kollegen, daß diese Lauheit verschwindet. — Ein eigenartiges Urteil fällte das hiesige Gewerbegericht. Die in den hiesigen Betrieben zu Recht bestehende Arbeitsordnung schreibt vor, daß der Arbeitgeber verpflichtet ist, bei Akkordarbeiten, welche die Lohnperiode überschreiten, die vereinbarten Abschlagszahlungen bis zur

Beendigung der Arbeit zu zahlen. In einem Klagefalle stellte sich das Gericht nach einer Beratung von einer Minute auf den Standpunkt, daß die Klage eines Kollegen auf Herausbezahlung des einbehaltenen Defizits abzuweisen sei, da kein Vertrag bestehe. Auf § 12 der Arbeitsordnung wurde gar nicht eingegangen. Die hiesigen Kollegen sind nun verpflichtet, falls ihnen Defizit vom Abschlag abgezogen wird, das Arbeitsverhältnis zu lösen. Aus all diesem ist zu ersehen, daß die Verhältnisse hier am Orte keine rosigen sind. Wir ersuchen alle Kollegen, welche auf Inserate hierher kommen, dringend, erst Erkundigungen bei uns einzuziehen und nur unseren Arbeitsnachweis zu benutzen. Ganz besonders bitten wir die Stuhlmacher, dies zu beachten.

Düsseldorf. Die Schreinereifirma Stürmann u. Co. scheint es in letzter Zeit ganz besonders darauf abgesehen zu haben, die Akkordpreise so zu bemessen, daß es den Gehilfen bei angestrengtester Tätigkeit nicht möglich ist, den ortsüblichen Stundenlohn zu verdienen. Wer sich weigert, den von der Firma festgesetzten Preis zu akzeptieren, wird entlassen. So u. a. jüngst wiederum zwei Kollegen, von denen der eine für eine Arbeit 65 Mk., der andere 73 Mk. verlangten, für die Herr Stürmann hingegen nur 35 bezw. 41 Mk. geben wollte. Selbstverständlich weigerten sich unsere Kollegen, ihre Arbeitskraft für einen derartigen Schundpreis ausbeuten zu lassen, worauf die Entlassung stattfand. Als Beweis, wie ungerecht die Firma handelt, diene der Hinweis, daß selbst Herr Obermeister Fuchs bei den Schlichtungsverhandlungen für ersteres Stück Arbeit den Preis von 58 Mk. festsetzte. Das ist ein Unterschied von 66 Prozent. So annährend das gleiche im zweiten Falle. Solche und ähnliche Versuche der gewaltigen Ueberforteilung sind nicht selten. Man komme uns gar nicht etwa mit der Einwendung, die Arbeiter hätten ihrerseits die äußerste Pflicht und Schuldigkeit nicht getan. Denn in einem Betriebe, wo das technische und Aufsichtspersonal die praktisch tätigen Gehilfen an numerischer Anzahl erreicht, wie bei Stürmann, dürften solche Annahmen vollständig ungerechtfertigt sein.

Auch läßt das erkennen, daß an der Schreinerei immerhin noch recht viel zu profitieren ist, wenn ein Geschäft mit zurzeit ganzen neun praktisch tätigen Gehilfen ebensoviele, so zu sagen — Antreiber, aufzuweisen hat. Ferner steht nach unserem Ermessen außer allem Zweifel, daß das Gebaren der genannten Firmeninhaber darauf hinausgeht, die älteren tüchtigen Schreiner zu verdrängen, um sie durch neue gefügigere und billigere zu ersetzen. Wir empfehlen unseren Kollegen, hier am Orte sowie den Zureisenden, bevor sie bei Stürmann u. Co. Stellung annehmen, sich zunächst auf dem Verbandsbureau über die Einzelheiten zu informieren.

Elberfeld-Barmen (Musikinstrumentenarbeiter). Am 3. April fand im „Gewerkschaftshaus" in Barmen eine öffentliche Versammlung statt. Kollege Otto Schultz aus Köln referierte über: „Die Krisis in der Klavierbranche und welche Lehren ziehen wir daraus." Der Referent erledigte sich seines Auftrages zur vollen Zufriedenheit seiner Zuhörer. In der anschließenden Diskussion kam allseitig zum Ausdruck, daß die Kollegen den festen Willen haben, im Sinne des Referats für die Ausbreitung der Organisation zu wirken.

Heilbronn. Die Firma Nagel, Pianofortefabrik, sucht in der „Instrumentenzeitung" Ausarbeiter, Fertigpolierer, Bodenmacher, Umleimer, Blindholzmacher usw. Wir ersuchen die Kollegen, auf dieses Inserat nicht hereinzufallen. Geordnete Arbeitsverhältnisse sind dort nicht vorhanden. Der Durchschnittslohn beträgt nicht über 24 Mk. pro Woche. Wie es uns scheint, ist die ganze Sache nur Reklame, da einige Kollegen auf ihre Anfrage keine Antwort von der Firma erhalten haben.

Mittweida i. S. Die Firma Anton Winkler hat es verstanden, sich einige Schmarotzer heranzuziehen, welche bei jeder Gelegenheit als Denunzianten der organisierten Kollegen auftreten. Kürzlich haben sich wieder einige von dieser Sorte beschwert, sie würden von den Organisierten terrorisiert; sie sollten aus der Fabrik verdrängt werden. Speziell der Sohn des Inhabers, Fritz Winkler, hat sich dann für die größtenteils schon dem Alkohol ergebenen Menschen eingelegt und ihnen den weitgehendsten Schutz versprochen. Dies zeigte sich darin, daß unserem Vorsitzenden ohne jeglichen Grund gekündigt wurde. Dieser Fritz Winkler fühlt sich berufen, alten Arbeitern, speziell in der Tischlerei, Lehren zu geben, wie sie die Arbeit machen sollen, wo ihm doch jedes Verständnis für derartige Arbeiten abzusprechen ist. Es wäre ihm zu empfehlen, lieber das Unkraut in seinem Garten weiter zu verbrennen, als in der Fabrik herumzulaufen und die Arbeiter zu belästigen. Ebenso liegen die Verhältnisse in der Fabrik von Franz Winkler. Hier heißt es auch, wer am besten wedeln kann, verdient das meiste Geld; aber alle, die dies nicht tun, sind nicht existenzfähig. So sind Löhne von 17 und 20 Mk. keine Seltenheit; dieser Lohn wird aber nicht in 8, sondern in 14 Tagen verdient. Stundenlöhne von 26 bis 30 Pf. gehören schon zu den besseren. Leider sind die Arbeiter so gedrückt, daß sie überhaupt zu keinem Fortschritt zu bewegen sind. Kollegen, daß es so nicht weitergehen kann, ist Euch ziemlich allen klar, speziell den Stuhlbauern, die 17 Jahre lang überhaupt keinen Fortschritt gemacht haben. Aber dies zu erreichen, ist vor allen Dingen notwendig, daß Ihr Euch organisiert. Dadurch seid Ihr in der Lage, jederzeit als Kämpfer für die Interessen des Verbandes, die auch Eure Interessen sind, einzutreten. Viele Kollegen sind hier noch bei Klimbimvereinen und vernachlässigen darüber den Verband. Dadurch wird den Indifferenten das Rückgrat gestärkt, so daß sie sogar gegen unseren Verband arbeiten. Kollegen, das muß anders werden, Ihr müßt denen, die sich unserer Organisation feindlich gegenüberstellen, dementsprechend begegnen. Dann werden sie sich auch das Denunzieren abgewöhnen. Bei einer festgefügten Organisation werden Maßregelungen und sonstige Schikanen unmöglich. Kollegen, benutzt Eure freie Zeit, Euch in die Gewerkschaftsidee zu vertiefen, dann werdet Ihr Euch freudig zusammenschließen und wir werden dann unsere schlechten Verhältnisse bald mit besseren vertauschen können.

Stolp i. P. Wir haben an anderer Stelle dieser Nummer von den Differenzen in der Hofwagenfabrik von Franz Nitschke Notiz genommen. Auch die Verhältnisse in den anderen Betrieben hier sind nicht die rosigsten. Wurden doch in dem Betriebe von Decker fünf Kollegen gemaßregelt im Monat Januar. Es ist bis heute noch nicht gelungen, dieselben hier unterzubringen. Auch Herr Decker inseriert nach Tischlergesellen in Zeitungen. Es wäre daher Pflicht eines jeden Kollegen, soviel wie möglich Stolp zu meiden, da wir hier noch genügend Arbeitslose zu verzeichnen haben. Es ist aber auch nicht selten, daß hiesige Arbeitslose umschauen gehen. Es wird ihnen dann aber öfter von seiten der Arbeitgeber erklärt: Wenn Sie für 12 Mk. anfangen wollen? Oder wollen Sie noch ein paar Leute mitnehmen? Kommen jedoch zugereiste Tischlergesellen, die werden eingestellt. Soll das die Familienväter nicht kränken? Deshalb, Kollegen, richten wir an Euch die Mahnung, gerade in der schlechten Zeit fester zusammenzuhalten. Auch in dem Betriebe von Körner in der Küchenmöbelbranche war der Werkführer an die Kollegen mit dem Ansinnen herangetreten, die Arbeit billiger zu machen. Da aber der Direktor erfahren hatte, daß sämtliche Arbeiter organisiert waren, zog der Herr seine Bekanntmachung zurück. Das ist wieder ein Beweis für den Wert einer guten Organisation. Darum, Kollegen, auf zu einer regeren Agitation. Besucht fleißig die Versammlungen, wo wir uns gerade in der schlechten Zeit über die Lage am Orte aussprechen müssen, um die Schikanen der Unternehmer zurückzuweisen. Dann werden wir auch wieder bei guter Geschäftskonjunktur gerüstet dastehen.

Zeitz. (Drechsler.) Am 27. März fand hier eine öffentliche Drechslerversammlung statt, in welcher Kollege Kitzing-Leipzig (Vorsitzender der Zentralkommission der Drechsler) einen Vortrag über: „Die Ursachen der ungünstigen Wirtschaftslage" hielt. Der Besuch der Versammlung war zufriedenstellend, doch waren noch nicht alle organisierten Kollegen erschienen. Von dem halben Dutzend unorganisierter Drechsler, die noch am Orte sind, hatte es nur ein einziger für nötig befunden, der Einladung zu folgen. Kollegen, der Besuch der Sektionsversammlungen muß immer ein guter sein, selbst in der schlechten Zeit; da ist ein enger Zusammenschluß doppelt notwendig, wenn wir unsere wirtschaftliche Lage verbessern wollen. Das tut bitter not, denn die Preise in den verschiedenen Betrieben bei derselben Arbeit sind so grundverschieden, daß es einer Regelung unbedingt bedarf. — Kollegen, sorgt immer für guten Versammlungsbesuch.

Unsere Lohnbewegung.

Die Bewegung in Rheinland-Westfalen nimmt einen für die Arbeitgeber recht unangenehmen Verlauf. In Dortmund wurde von 53 Kollegen die Arbeit eingestellt. Außer in Dortmund haben bisher nur 4 Arbeitgeber mit 45 Arbeitern den Abzug durchgeführt.

Insgesamt sind in 15 Werkstellen mit 198 Kollegen die Abzüge aufrechterhalten. Die Arbeit ist eingestellt in den Betrieben, wo keine Kündigung vorhanden ist, in den übrigen Geschäften ist gekündigt worden. Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe wendet alle Mittel an, um die Arbeitgeber zur Durchführung seiner Anordnungen zu zwingen. Heute steht aber bereits fest, daß die Bewegung einen nennenswerten Umfang nicht annehmen wird. Alle Kollegen, welche die Arbeit eingestellt und gekündigt haben, sind auf eine schwarze Liste gesetzt worden, die bereits versandt wurde.

Wir können in aller Gemütsruhe abwarten, was die Arbeitgeber weiter unternehmen. Ueber die weiter zu ergreifenden Maßnahmen wurde eine Verständigung zwischen dem Deutschen und christlichen Holzarbeiterverband herbeigeführt, denen sich auch der Gewerkverein angeschlossen hat. Eine von den Arbeiterorganisationen gemeinsam einberufene allgemeine öffentliche Versammlung in Dortmund, in welcher Kollege Becker und der Vorsitzende des christlichen Verbandes, Kurlsbeid, referierten, beschloß einstimmig, die Bewegung gemeinsam durchzuführen. Alle anderen Orte haben sich diesem angeschlossen.

Die Bewegung steht günstig, doch ist Zuzug fernzuhalten.

In Annen i. W. wurde nach einwöchentlichem Streik bei der Firma Loth (Waschmaschinenfabrik) die Arbeit wieder aufgenommen. Die angekündigte Lohnkürzung von 10 Proz. wurde wieder zurückgezogen. Es soll gemeinsam mit dem Arbeiterausschuß ein neuer Akkordtarif ausgearbeitet werden.

In Hersfeld, Bezirk Kassel, haben in der mechanischen Tischlerei von Karl Bolz am 19. April sämtliche Kollegen die Arbeit niedergelegt, weil der Arbeitgeber die Arbeitszeit um eine halbe Stunde pro Tag verlängern wollte. Bolz sucht schon seit längerer Zeit beim Berliner paritätischen Nachweis Möbeltischler; aber alle, die bei der Firma in Arbeit traten, haben die traurigsten Erfahrungen machen müssen. Wir bitten deshalb, den Zuzug fernzuhalten.

In Lage sind die Tischler und Maschinenarbeiter bei den Firmen H. Riekehof und A. Büthe seit dem 5. April ausständig. Für Lage gilt der Detmolder Vertrag. Im vorigen Jahre, als der neue Vertrag in Kraft treten sollte, ließen die Kollegen mit Rücksicht auf die ungünstige Geschäftslage sich bewegen, nachdem die Firma Riekehof ehrenwörtlich versicherte, am 1. April 1909 den neuen Vertrag voll zu erfüllen, den Einführungstermin bis dahin hinauszurücken. Doch auch jetzt weigert sich die Firma noch, den Vertrag anzuerkennen und die 56stündige Arbeitszeit zur Einführung zu bringen und den Lohnaufschlag zu zahlen; sie ist deshalb lieber aus dem Arbeitgeberschutzverband ausgetreten. Die Kollegen erhielten, da sie sich nicht weiter vertrösten lassen wollten, sondern auf die Erfüllung des Vertrages bestanden, ihre Entlassung. Es wird nun um Fernhaltung des Zuzuges ersucht.

In Landsberg a. Lech haben die Schreinermeister den im Mai 1907 nach vierwöchigem Streik vereinbarten Vertrag zum 1. Mai gekündigt mit der kategorischen Erklärung, keinen weiteren Vertrag mehr zu vereinbaren, bis nicht in Weilheim, Diessen und Schongau die gleichen Bedingungen vereinbart sind, um die Konkurrenz aus diesen Orten zu beseitigen. Die Landsberger Meisterschaft plant demnach eine Verschlechterung des bisherigen Arbeitsverhältnisses. Ob ihnen dies gelingen wird, ist allerdings eine andere Frage.

In Loitz i. Pommern sind die Korbmacher am 10. April in den Abwehrstreik getreten, da es trotz mehrmaliger Unterhandlung nicht gelungen ist, den alten Lohn wiederzuerlangen. Es wird gebeten, den Zuzug streng fernzuhalten.

In Mühlberg a. Elbe befinden sich die Korbmacher bei der Firma Thiere schon sieben Wochen im Ausstand. Trotzdem Herrn Thiere schon der Beweis geliefert ist, daß fast in allen Orten, wo die neue Lieferung in Frage kommt, 2 Mk. Lohn und noch darüber gezahlt wird, hält es derselbe nicht für nötig, sein Versprechen einzulösen. Ja, wenn sich die Kollegen dazu herbeigelassen und die Boden für die Körbe zu 1,80 Mk. angefertigt hätten, brauchten sie nicht auf der Straße zu liegen. Aus Aerger über den dicken Strich, welcher durch seine Rechnung gemacht wurde, sucht Herr Thiere immer noch von auswärts Leute heranzuziehen, um die verpönten Gesellen nicht wiedereinstellen zu müssen. Vier verheiratete Kollegen sollen überhaupt keine Gelegenheit mehr haben, am Orte Arbeit zu erhalten. Da nun das Eintreffen der Leisten in kürzester Zeit zu erwarten ist, scheint es nicht ausgeschlossen, daß Herr Thiere jetzt größere Anstrengungen macht, um Arbeitswillige heranzuziehen. Die Kollegen werden deshalb dringend ersucht, unsere Lokalverwaltung gegebenenfalls in Kenntnis zu setzen. Es sei hiermit nochmals besonders hervorgehoben, daß sich am Orte ein Arbeitsnachweis befindet. Alle Anfragen und Gesuche wegen Arbeitsgelegenheit werden von dem Kollegen Karl Wendt, Himmelreichstraße, erledigt.

In Schneidemühl sind die Tischler in eine Lohnbewegung eingetreten. Es wird gebeten, den Zuzug fernzuhalten.

In Sensburg i. Ostpreußen dauert die Aussperrung der Tischler unverändert fort. Die Meister versuchen unter der Vorspiegelung von falschen Tatsachen über die Ursachen des Kampfes und unter Versprechungen von großstädtischen Löhnen christlich gesinnte Gesellen in die Stellen der Ausgesperrten, die unter keinen Umständen wiedereingestellt werden sollen, zu bringen. Wir ersuchen um strengste Fernhaltung des Zuzuges.

In Stolp i. Pommern will der Besitzer der Hofwagenfabrik von Franz Nitschke die Zeit der Krise dazu benutzen, um seinem Herrenstandpunkt Geltung zu verschaffen. Schon im Monat Januar machte er durch Aushang bekannt, daß Ueberstunden ohne Aufschlag gemacht werden müssen, während es bis dahin 25 Proz. Aufschlag gegeben hatte. Als der Fabrikausschuß deshalb vorstellig wurde, erklärte der Herr, ihm gehe weder der Vertrag noch der Tarif etwas an, er brauche keinen Vertrag. Er könne doch in seinem Betriebe machen was er wolle. Dies war die Veranlassung zur Kündigung des Vertrages am 2. Februar, der zum 2. April abläuft. In der Zwischenzeit verhielten sich die Arbeiter abwartend. Am 29. März trat dann Herr Nitschke an die Ausschußmitglieder heran mit der Frage: Was wollen Sie nun? Der Ausschuß war bescheiden genug, keine Forderung zu stellen. So, sagte Herr Nitschke, Sie wollen also ohne Vertrag arbeiten! Jetzt will ich aber einen Vertrag. Ohne Vertrag keine Arbeit! Und nun unterbreitete er seinen Arbeitern einen Vertrag nach seinem Geschmack. Derselbe enthielt erhebliche Verschlechterungen und sollte bis Oktober 1911 laufen. Da nun aber keiner für diesen Vertrag zu haben war, machte Herr Nitschke durch Aushang in der Fabrik bekannt: Wer bis Donnerstag abend nicht unterschrieben hat, kann Freitag, den 2. April, vormittags 10 Uhr, sein Geld und seine Papiere holen. Am Freitag kam Herr Nitschke wieder in die Fabrik, rief alle Arbeiter zusammen und nahm eine Abstimmung vor. Da auch hier keiner für den Vertrag war, ließ Herr Nitschke seine Stimme ertönen: Heraus! Heraus aus meinem Betriebe. Und so wurden sämtliche organisierten Arbeiter auf die Straße geworfen. Herr Nitschke bemüht sich nun, von auswärts Arbeitskräfte heranzuziehen. Es muß unsere Aufgabe sein, den Zuzug fernzuhalten.

Ausland.

In Genf sind am 10. April sämtliche Möbelschreiner ausgesperrt worden, worauf unsere Kollegen die Sperre für alle Holzarbeiter (Bau- und Möbelschreiner, Maschinisten, Drechsler und Stuhlbauer) verhängt haben. Seit Neujahr schweben Verhandlungen wegen Abschluß eines neuen Tarifs. Der alte, welcher am 31. Dezember 1908 abgelaufen war, sah einen Minimalstundenlohn von 55 Centimes vor, der aber meist als Höchstlohn betrachtet wurde. Die Kollegen forderten nun eine Erhöhung des Stundenlohnes auf 60 Centimes und eine Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9½ Stunden. Diese Forderungen erklärten die Unternehmer als undiskutabel. Als dann unsere Kollegen in einigen Werkstätten mit der Arbeitseinstellung vorgingen, wurde dies mit der Aussperrung aller Möbelschreiner beantwortet. Es wird um Fernhaltung des Zuzugs gebeten.

Aus der Holzindustrie.

Ein Grabdenkmal für Karl Kloß.

Um der Liebe und Verehrung für unseren verstorbenen Führer Ausdruck zu geben, hatte sich in Stuttgart ein Komitee gebildet, welches sich die Aufgabe stellte, Karl Kloß ein Denkmal zu errichten. Die notwendigen Mittel wurden vom Deutschen Holzarbeiterverband in Gemeinschaft mit der Stuttgarter Parteiorganisation aufgebracht, und am 15. April, dem Tage, an welchem Karl Kloß seinen 62. Geburtstag hätte feiern können, erfolgte die feierliche Uebergabe des Monuments.

Das Denkmal steht auf dem Heslacher Friedhof in Stuttgart, wo in dem Grabe seiner früher verstorbenen Gattin die Aschenreste unseres ersten Verbandsvorsitzenden ihre letzte Ruhestätte gefunden haben. Es ist ein über zwei Meter hoher, unbehauener Granitblock, ein sog. Findling, der auf seiner Vorderseite das vom Stuttgarter Bildhauer Kiemlen modellierte Bronzebildnis des Toten trägt.

Die Feier selbst, die nur einen intimen Charakter tragen sollte, gestaltete sich doch zu einer imposanten Kundgebung der liebenden Erinnerung, welche die Stuttgarter Arbeiterschaft dem toten Führer bewahrt hat. Auf dem

Friedhof hatten sich einige hundert Mann, nur Deputationen der gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiter Stuttgarts eingefunden, aber außerhalb des Friedhofes, auf der Anhöhe zur Seite und auf der Straße hatte sich viel Publikum angesammelt, um der Feier aus der Entfernung beizuwohnen. Nach einem einleitenden Gesang zweier Arbeitergesangvereine nahm der Vorsitzende unseres Verbandes, Kollege Leipart, das Wort zu folgender Ansprache:

„Der hier aufgerichtete Stein bezeichnet die Stätte, an welcher die Asche von Karl Kloß, vereint mit seiner früher verstorbenen treuen Ehegattin beigesetzt worden. Um die Erinnerung an Karl Kloß dauernd wach zu halten in den Herzen der ihm nahe gestandenen Bekannten und Freunde, in den Herzen der großen Masse der Arbeiterschaft und der Holzarbeiter Deutschlands insbesondere, hätte es der Errichtung dieses Grabmals nicht bedurft. Der Name von Karl Kloß und sein fruchtbringendes Wirken für die Interessen der Holzarbeiter und der Arbeiterklasse im allgemeinen werden ohnedies lebendig und unvergessen bleiben. Aber dennoch hat der Deutsche Holzarbeiterverband in Uebereinstimmung mit der Sozialdemokratischen Partei Stuttgarts es für seine Pflicht erachtet, von den Familienangehörigen die Erlaubnis zu erwirken, daß die Arbeiterschaft selber aus dem vorhandenen tiefempfundenen Bedürfnis heraus ihrem geliebten Führer diesen Gedenkstein aufrichten dürfe — als ein dauerndes Zeichen der Verehrung und Liebe für Karl Kloß und als Ausdruck des großen Dankes, den wir ihm schuldig sind. So schlicht und einfach, so rein aus der Natur entnommen, schien uns ein Gedenkstein für Karl Kloß am besten das Richtige zu treffen, in bester Uebereinstimmung mit dem einfachen und geraden Sinne, dem reinen und lauteren Charakter, dem natürlichen und schlichten Wesen unseres teuren Toten. In Erfüllung des mir gewordenen Auftrages übergebe ich hiermit das Grabmal der Arbeiterschaft Stuttgarts in ihre Obhut, und ich tue es in der sicheren Ueberzeugung, daß ich es in gute und sichere Hände gebe. Gar oft werden fortan Mitglieder des Verbandes und Parteigenossen aus dem ganzen Reiche, wenn sie auf der Reise Stuttgart berühren, diese Stätte aufsuchen; möge sie, möge dieser Stein in seiner wuchtigen und doch so schlichten Größe in Jahrzehnten noch jedem Besucher sagen, daß einer der Besten aus unserer deutschen Arbeiterbewegung hier seine letzte Ruhestätte gefunden, nach einem harten und opferreichen Lebenskampfe, ein schönes Beispiel von Gemeinsinn, von Opferfreudigkeit und Ausdauer im Kampfe für die Interessen der Arbeiterklasse und für das allgemeine Volkswohl zur Nacheiferung für alle, in Gegenwart und alle Zukunft!"

Im Namen der Familie sowie der gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiterschaft Stuttgarts übernahm hierauf der Reichstagsabgeordnete Hildenbrand das Denkmal, indem er ausführte:

„Als Dank und Anerkennung haben der Deutsche Holzarbeiterverband und der Sozialdemokratische Verein Stuttgart das Denkmal errichtet für die treue unermüdliche Lebensarbeit, die Karl Kloß im Interesse und zum Wohle der Arbeiterschaft geleistet hat. Er hat dieses äußere Zeichen unserer Liebe und Anerkennung verdient, war er uns doch nicht nur Führer, sondern Bahnbrecher unserer Bestrebungen, war er doch über unsere Parei- und Landesgrenzen hinaus der anerkannte und geachtete Vertreter unserer guten Sache. Heute, am 62. Geburtstage unseres Kameraden, den wir so gerne mit den Lebenden gefeiert hätten, müssen wir uns an dieser Stätte des Friedens zusammenfinden, um dem Toten die wohlverdiente Dankesschuld abzutragen. In sinniger Weise haben die Angehörigen die Asche des Verstorbenen im Grabe seiner treuen Lebensgefährtin, in unmittelbarer Nähe eines seiner ersten gewerkschaftlichen Mitarbeiters, seines Freundes Karl Widmann, beigesetzt und ihm so in Heslach seine letzte Ruhestätte bereitet, in dem Ort, in dem er den größten, den arbeits- und erfolgreichsten Teil seines Lebens zugebracht hat, der ihm zur zweiten Heimat geworden war und in dem er wohl keinen Feind zurückgelassen hat. Das innerste Wesen des Verstorbenen und sein zielbewußtes Streben war darauf gerichtet, mit seiner Arbeit nicht nur den Angehörigen seiner Partei und Gewerkschaft, sondern der Allgemeinheit zu nützen, er lebte dem idealen und großen Ziel

„Der Erde Glück, der Sonne Pracht,
Des Geistes Licht, des Wissens Macht,
Dem ganzen Volke sei's gegeben."

Das hat ihm neben unserer Liebe und Dankbarkeit die Achtung auch des politischen Gegners, die Achtung aller verschafft, die ihn zu kennen Gelegenheit hatten. Dieser idealer Zug seines Wesens war es, der seine Arbeit so wirkungsvoll und erfolgreich gemacht hat, und der unserer Sache, welcher er diente, in so hohem Maße zugute gekommen ist. Kloß war unser Freund und Führer, er hat uns in unserer Arbeit begeistert, Tausende zu uns geführt und hat es verdient, daß wir seinen über den Tod hinaus in Liebe gedenken. Diesem Gedenken soll dieser einfache Stein, soll dieses bronzene Bild äußeren, dauernden Ausdruck geben: Dem Vorstorbenen zum Dank, den Lebenden zur Ehre und den uns in unserem heiligen Kampfe Nachfolgenden zur Nacheiferung. Wir werden dieses Denkmal in Ehren halten. Ich darf unserem Freund Leipart die Versicherung geben, er mag sie dem Vorstand des Holzarbeiterverbandes mitteilen, daß es uns Ehrenpflicht ist, nicht nur den Stein und das Grab in treue Obhut zu nehmen, sondern daß wir bestrebt sein werden, das Gedächtnis an Karl Kloß — sicher in seinem Sinne — noch weiter zu ehren, indem wir alle in seinem Sinne weiter arbeiten für die großen Ziele, denen er gelebt und für die er so viel gearbeitet hat. Das als unsere Ehrenpflicht an dieser Stätte zu geloben, wird das dauerndste Gedächtnis und die höchste Anerkennung für Karl Kloß verbürgen!"

Dann noch ein Schlußgesang, und die einfache, würdige Feier hatte ihr Ende erreicht.

Das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts verhandelte am 15. April über Abänderungsanträge der Arbeitgeber, die den paritätischen Arbeitsnachweis für die Berliner Holzindustrie betreffen. Die Unternehmer verlangen die Beseitigung der Frage nach der Organisationszugehörigkeit auf den Arbeitslosenmeldezetteln sowie die Ausführung der Kontrolle und Kartenabstempelung durch die Arbeitnehmer allein, während die Arbeitgeberangestellten nur noch die Verwaltungsarbeiten im Arbeitsnachweisbureau ausüben wollten.

Es hatte den Anschein, als wenn die Unternehmer diese Anträge nur gestellt haben, um bei den Differenzen und Verhandlungen wegen der Einführung der 51stündigen Arbeitszeit ein Austauschobjekt zu haben. Das dürfte aber als fehlgeschlagen anzusehen sein, denn das Einigungsamt stellte bei den damaligen Verhandlungen die Entscheidung über die Arbeitsnachweisstreitigkeiten zurück und kam am 12. März zu folgendem Beweisbeschluß.

„Bezüglich der Anträge der Arbeitgeber wegen der Arbeitsnachweisfrage ist beschlossen worden:

Es soll Beweis erhoben werden

1. darüber, daß durch den Vermerk auf den Arbeitsnachweiszetteln: „Welcher Organisation gehören Sie an?", sich Mißhelligkeiten ergeben haben, durch Vernehmung von Auskunftspersonen, welche die Herren Arbeitgeber zu stellen haben;

2. darüber, daß das Kaiserliche Statistische Amt zur statistischen Bearbeitung des Arbeitsmarktes den Hauptvorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes zu Berlin, früher in Stuttgart, ersucht hat, Angaben über die Zahl der arbeitslosen Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes allmonatlich zu machen und ferner darüber, daß ein gleiches Ersuchen, ebenfalls Material für die Arbeitslosenstatistik zu liefern, an den Arbeitgeberverband gerichtet worden ist, durch Ersuchen des Kaiserlichen Statistischen Amts.

3. Es wird weiter beschlossen, die Räume und den Betrieb auf dem Arbeitsnachweis der Parteien durch das Einigungsamt in Augenschein zu nehmen."

Einige Tage nach diesem Beschluß hielt das Einigungsamt einen Lokaltermin im Arbeitsnachweis während der Vermittelungszeit ab, wobei das Einigungsamt zu der Ueberzeugung kommen mußte, daß die Vermittelungsarbeiten in der bisherigen Weise fortgeführt und von den Angestellten beider Parteien abwechselnd ausgeübt werden müssen. Ebenso mußte es einsehen, daß die Kontrolle und Abstempelung im eigenen Interesse des Nachweises und der Arbeitsvermittelung geschieht, nicht aber im allgemeinen Interesse des Holzarbeiterverbandes, wie die Unternehmer behaupten.

In der Verhandlung am 15. April waren die Unternehmer nicht in der Lage, solche Auskunftspersonen zu stellen, die bekundet hätten, daß sich aus der Frage nach der Organisation auf den Zetteln Mißhelligkeiten ergeben haben. Die Sachlage war durchaus geklärt und mußte ohne weiteres die Abweisung der Anträge der Unternehmer durch das Einigungsamt erfolgen. Das Einigungsamt stellte sich jedoch nach vierstündiger Beratung auf den Standpunkt, keinen Schiedsspruch fällen zu können, weil, wie der Vorsitzende erklärte, die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer entgegengesetzter Ansicht waren und er sich deshalb der Stimme enthalten mußte.

Wir müssen diese Stellungnahme des Einigungsamtes sehr bedauern. Sie dürfte nicht dazu beitragen, Arbeitsdifferenzen in zukünftigen Fällen schnell zu beseitigen oder eine Einigung der Parteien zu beschleunigen. Wenn in den Tarifverträgen als letzte Instanz die Entscheidung des Einigungsamtes vorgesehen ist und die Entscheidungen fallen so aus, wie das in wiederholten Fällen in der Berliner Holzindustrie der Fall war, so werden die Gewerkschaften bald daran denken müssen, sich eine andere Instanz für Tarifstreitigkeiten zu schaffen.

Gewerkschaftliches.

Die Generalkommission im Jahre 1908.

Die Generalkommission der Gewerkschaften veröffentlicht in der Nr. 15 des „Correspondenzblattes" ihren Bericht für das Jahr 1908. Einleitend wird auf die für die Gewerkschaften wichtigen gesetzgeberischen Arbeiten hingewiesen, mit welchen sich der Reichstag im Berichtsjahre beschäftigt hat, insbesondere auf das Arbeitskammergesetz und die Novelle zur Gewerbeordnung, welche die Regelung der Heimarbeit zum Zweck hat. Das Arbeitskammergesetz ist in der Fassung, welche es in der Kommission erhalten hat, von der Regierung für unannehmbar bezeichnet worden. Besonders die gegen den Widerspruch der Konservativen und Nationalliberalen in das Gesetz hineingenommene Bestimmung, nach welcher Gewerkschafts- und Arbeitersekretäre in die Kammer gewählt werden dürfen, hat es der Regierung angetan. Der schwächliche Versuch einer Regelung der Heimarbeit, welcher in der Novelle zur Gewerbeordnung enthalten ist, dürfte auf die Heimarbeitsausstellung in Berlin im Jahre 1906 zurückzuführen sein. Um den Eindruck, den jene Ausstellung verursacht hat, abzuschwächen, hat die Berliner Handelskammer dem Reichstag eine Denkschrift zugehen lassen, in welcher es die Unternehmer versuchen, den Reichstag über die Schäden der Heimarbeit zu täuschen. Im Auftrage der Generalkommission haben die an der Heimarbeitsausstellung beteiligt gewesenen Verbandsvorstände die Angaben der Denkschrift nachgeprüft. Das so zusammengetragene Material ist von der Generalkommission in einer Denkschrift dem Reichstag zu der Zeit übermittelt worden, als die Gewerbeordnungskommission mit der Beratung des Heimarbeiterschutzes begann.

Der Bericht erwähnt dann die Friedensdemonstration, die am 20. September 1908 anläßlich des Empfanges der englischen Delegation der Friedensliga von der Generalkommission in Gemeinschaft mit dem Vorstand der sozialdemokratischen Partei, der Berliner Gewerkschaftskommission und der Berliner Parteiorganisation veranstaltet wurde. — Das Abkommen, welches zwischen der Generalkommission und dem Parteivorstand bezüglich der Unterstützung der wegen der Beteiligung an der Maifeier Ausgesperrten getroffen wurde, ist nicht in Kraft getreten. Der Gewerkschaftskongreß in Hamburg hat zwar die Vereinbarung unverändert angenommen; die Durchführung scheiterte aber daran, daß der Parteitag in Nürnberg einige wichtige Bestimmungen ablehnte. Mehr Erfolg hatten die von der Generalkommission und dem Parteivorstand gemeinsam ausgearbeiteten Vorschläge über die Erziehung der Jugend; sie wurden vom Gewerkschaftskongreß sowohl als auch vom Parteitag angenommen und sind inzwischen zur Durchführung gelangt. Die aus je 4 Vertretern des Parteivorstandes, der Generalkommission und der Jugendlichen gebildete Zentralkommission beschloß die Herausgabe der seit dem 30. Januar 1909 alle 14 Tage erscheinenden „Arbeiter-Jugend". Es wurden ferner Anweisungen an die örtlichen Jugendkommissionen gegeben, die von den Gewerkschaftskartellen und den örtlichen Parteiorganisationen eingesetzt werden. In allen größeren Orten sind jetzt Jugendausschüsse gebildet, in den kleineren Orten fehlt es meist an den geeigneten Kräften für die Erfüllung der den Ausschüssen obliegenden Aufgaben. „Jedenfalls," sagt der Bericht, „müssen die Gewerkschaften diesem Tätigkeitsgebiet die größte Aufmerksamkeit schenken, damit bald das nachgeholt wird, was hierin seitens der Arbeiterbewegung versäumt worden ist."

Nachdem die Gründung der Organisation der Hausangestellten und des Verbandes der Landarbeiter besprochen ist, beschäftigt sich der Bericht mit den Methoden, die vielfach beliebt werden, um die Mittel zum Bau eines Gewerkschaftshauses aufzubringen. Die Generalkommission hat sich veranlaßt gesehen, in allen Fällen, wo von den Organisationen einzelner Orte Anteilscheine oder Bons an die Gewerkschaftskartelle verschickt wurden, die in Betracht kommende Organisation zu ersuchen, das versandte Material zurückzuziehen. Mit Recht wird darauf hingewiesen, daß das Bedürfnis nach einem eigenen Heim der Gewerkschaften schließlich in allen Orten vorhanden ist, und daß deshalb dieses System, die nötigen Gelder für den Zweck aufzubringen, sich sehr bald als völlig zwecklos erweisen würde. Außerdem zeigen aber die seither gemachten Erfahrungen, daß die Gewerkschaftshäuser sich nur schwer zu halten vermögen. Nur in solchen Orten sollte an die Errichtung eines Gewerkschaftshauses herangetreten werden, in welchen die Mittel hierzu von vornherein zur Verfügung stehen. Völlig verfehlt ist es aber, die erforderlichen Gelder durch Sammlungen außerhalb des betreffenden Ortes zu beschaffen.

Dem Verband der Isolierer und Steinholzleger ist nach Verhandlungen mit dem Verband der Maurer der Anschluß an die Generalkommission gestattet worden. — Die von Generalkommission eingesetzten Agitationskommissionen haben ihre Tätigkeit in der seitherigen Weise fortgesetzt. Eine größere Agitation wurde von der Generalkommission in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand im Hinblick auf die dem Reichstag zugegangene Gewerbeordnungsnovelle veranstaltet; ebenso haben beide Instanzen die von den Tabakarbeitern geleitete Agitation gegen die Erhöhung der Tabaksteuer unterstützt. Außerdem hat die Generalkommission, wie seither schon, Mittel für gelegentliche Agitationstouren, insbesondere unter den Arbeiterinnen, zur Verfügung gestellt und einzelne Arbeitersekretariate und Gewerkschaftskartelle materiell unterstützt.

Die vier im Winter 1908/09 abgehaltenen Unterrichtskurse waren von insgesamt 277 Teilnehmern besucht. Bekanntlich werden die Teilnehmer an den Kursen, die sich diesmal auf je 6 Wochen erstreckten, von den Zentralvorständen bestimmt; und zwar entsandten die Maurer 49, Metallarbeiter 48, Transportarbeiter 22, Bergarbeiter 16, Schneider 14, Textilarbeiter 13, Holzarbeiter 12, Zimmerer 12, Bauarbeiter 9, Gemeindearbeiter 8, Maler 8, Bäcker 7, Brauereiarbeiter 6, Fabrikarbeiter 6, Steinarbeiter 6, Buchdruckereihilfsarbeiter 4, Lederarbeiter 4, Lithographen 4, Schmiede 4, Glasarbeiter 3. Je 2 Teilnehmer entsandten: Buchbinder, Friseurgehilfen, Hafenarbeiter, Hoteldiener und Stukkateure. Je 1 Teilnehmer entsandten: Bildhauer, Blumenarbeiter, Gastwirtsgehilfen, Handschuhmacher, Kupferschmiede, Maschinisten, Mühlenarbeiter, Sattler, Schuhmacher, Tapezierer, Gewerkschaftskartell Hannover, Agitationskommission für Oberschlesien.

Von einer von der Konferenz der Vorstandsvertreter eingesetzten Kommission sind die bei den von der Generalkommission veranstalteten Statistiken zur Verwendung kommenden Materialien einer Durchsicht unterzogen worden; bei den Statistiken für 1908 sind bereits die verbesserten Formulare verwendet worden. Von der Generalkommission werden aufgenommen: Statistik über die Gewerkschaftskartelle, Statistik über die Arbeitersekretariate, Statistik über die Stärke der gewerkschaftlichen Zentralverbände, Statistik über die ohne Arbeitseinstellung verlaufenden Lohnbewegungen, Statistik über die Streiks und Aussperrungen. Dem Reichsstatistischen Amt werden von den Zentralvorständen alljährlich die Materialien für die Statistik über die Lohntarife und vierteljährlich die Materialien für die Arbeitslosenstatistik geliefert; auch geben die Verbände, welche Arbeitsnachweise mit größerer Frequenz besitzen, dem Reichsstatistischen Amt regelmäßigen Bericht. Die Mithilfe der Gewerkschaften an den Arbeiten des Reichsstatistischen Amts verursacht den Organisationen nicht nur erhebliche Arbeit, sondern auch beträchtliche Kosten, trotzdem lehnt es das Reichsamt des Innern, welchem das Reichsstatistische Amt unterstellt ist, ab, die Streikstatistik, an welcher die Gewerkschaften sehr erheblich interessiert sind,

zuverlässig und einwandfrei zu gestalten. Der Bericht erinnert an die kürzlich im Reichstag über den Gegenstand gepflogenen Verhandlungen und erwähnt, daß es trotz der vom Reichsamt des Innern angeordneten Maßnahmen doch wiederum möglich gewesen sei, die gewerkschaftliche mit der amtlichen Streikstatistik für das Jahr 1907 zu vergleichen, wobei sich herausgestellt hat, daß in der letzteren mindestens 441 Kämpfe fehlen, welche die gewerkschaftliche Statistik nachweist.

Aus dem Bericht über die von der Generalkommission herausgegebenen Zeitschriften ist ersichtlich, daß das „Correspondenzblatt" seine Auflage von 23 600 im Dezember 1907 auf 25 800 Ende Dezember 1908 steigerte. „L'Operaio Italiano", das in italienischer Sprache erscheinende Gewerkschaftsblatt, hatte eine Auflage von 10 444 Exemplaren im Jahresdurchschnitt, gegen 12 820 im Jahre 1907. Die Auflage der polnischen „Oswiata" verminderte sich von 6305 auf 6084 Exemplare.

Im Arbeiterinnensekretariat ist nur eine Personalveränderung eingetreten. An Stelle der zurückgetretenen Genossin Altmann übernahm Genossin Hanna die Leitung. Im übrigen funktionierte das Institut in der gleichen Weise wie im Vorjahre.

Der Kassenbericht weist einschließlich des Bestandes aus dem Vorjahre mit 348 232 Mk. eine Einnahme von 661 016 Mk. auf, darunter 270 786 Mk. an Beiträgen der Gewerkschaften. Das Vermögen betrug am Jahresschluß 433 465 Mk.

Im Anschluß an den Bericht der Generalkommission berichtet auch das Zentralarbeitersekretariat über seine Tätigkeit im Jahre 1908. Wir entnehmen diesem Bericht, daß sich die Geschäfte beträchtlich gesteigert haben. Die Zahl der dem Sekretariat zur Bearbeitung zugegangenen Unfall- und Invalidenstreitsachen stieg von 1352 im Jahre 1907 auf 1774, und die Zahl der eingeholten schriftlichen Auskünfte vermehrte sich von 698 auf 887. Demgemäß erfuhr auch die Zahl der angefertigten Schriftsätze eine Steigerung von 1987 auf 2470. Infolge des vermehrten Geschäftsanfalles wurde in der Person des Genossen Teschner ein vierter Sekretär angestellt. Außerdem trat an die Stelle des zum zweiten Vorsitzenden der Generalkommission gewählten Genossen Bauer der Genosse Wissel in das Sekretariat ein.

Einschließlich der aus dem Vorjahre übernommenen Fälle waren insgesamt 2172 Streitsachen zu bearbeiten, von welchen 1597 durch Urteil entschieden wurden. Von diesen Streitsachen betrafen 1480 Ansprüche auf Grund der Unfallversicherungsgesetze. In 580 Fällen wurde zugunsten, in 617 Fällen zuungunsten der Verletzten entschieden. In 262 Fällen wurde die Vertretung wegen Aussichtslosigkeit des Anspruches abgelehnt. In 30 Fällen wurde der Rekurs zurückgezogen, und zwar in 10 Fällen von der Berufsgenossenschaft, in 20 Fällen von den Verletzten. Von den erledigten 117 Ansprüchen auf Invalidenrente mußten 20 wegen vollständiger Aussichtslosigkeit zurückgewiesen und 3 im Einverständnis der Versicherten zurückgenommen werden. Von den 84 vertretenen Revisionen wurden 38 Revisionen der Versicherten und 13 Revisionen der Landesversicherungsanstalt zurückgewiesen. Stattgegeben wurde der Revision der Versicherten in 29, der Landesversicherungsanstalt in 14 Fällen. Der Bericht betont zum Schluß, daß sich die Erledigung der Arbeiten des Sekretariats beim Reichsversicherungsamt und den Schiedsgerichten ohne Schwierigkeiten vollzog.

Der Glaserverband hielt seinen Verbandstag zu Ostern in Nürnberg ab. Der wichtigste Gegenstand der Beratung war der Antrag auf Anschluß an den Deutschen Holzarbeiterverband, über welchen sehr lebhaft diskutiert wurde. Nach dem uns vorliegenden Bericht in der „Glaser-Zeitung" scheinen die Gegner des Antrages sich nicht immer ganz einwandfreier Mittel bedient zu haben, um ihrem Willen Geltung zu verschaffen. Wir wollen es dem Referenten gegen den Anschluß, Krenkel-Leipzig, nicht weiter verübeln, daß er zur Unterstützung seiner Argumente die Leistungsfähigkeit des Holzarbeiterverbandes in einem möglichst schlechten Licht erscheinen ließ, aber direkt widerlich wirkt doch die nachfolgende Szene, die sich während der Beratung des Tätigkeitsberichtes des Vorstandes abspielte. Wir entnehmen diese Stelle dem Bericht der „Glaser-Zeitung":

„Zur Geschäftsordnung bemerkt Krenkel-Leipzig, er habe erfahren, daß Schlößinger-Frankfurt die Agitation zum Anschluß an den Holzarbeiterverband sehr eifrig betreibe. Redner bittet, um die Persönlichkeit Schlößingers zu kennzeichnen, dem Verbandskassierer Schwerdt das Wort zu einer kurzen Erklärung zu geben.

Verbandskassierer Schwerdt erklärt, er habe einer Konferenz in Höchst angewohnt, auf dem Rückwege habe ihn der Vorsitzende der Frankfurter Zahlstelle aufgesucht und ihm mitgeteilt, daß es ihm unter den jetzigen Verhältnissen unmöglich sei, in Frankfurt zu arbeiten, und daß unmittelbar nach dem Verbandstag unter der Führung Schlößingers eine Sektion der Bleiglaser im Anschluß an den Holzarbeiterverband gegründet werden solle. Schlößinger sei vom Holzarbeiterverband auch eine Geschäftsführerstelle in Nürnberg in Aussicht gestellt worden.

Schlößinger-Frankfurt weist diese Behauptungen entschieden als unwahr zurück. Im Verlaufe der Diskussion wird er noch wiederholt wegen seiner Agitation für den Uebertritt angegriffen."

Wir brauchen kaum besonders zu betonen, daß die Geschichte von der versprochenen Geschäftsführerstelle in Nürnberg nichts ist als Klatsch und Tratsch; daß sich aber der Hauptkassierer des Verbandes dazu hergibt, derartiges Geschwätz auf dem Verbandstag an den Mann zu bringen, wirkt gerade nicht sehr erhebend. Der Antrag auf Anschluß wurde schließlich mit 15 gegen 13 Stimmen abgelehnt. Mit dem gleichen Stimmenverhältnis wurde auch der Antrag auf Vornahme einer Urabstimmung abgelehnt.

Wir haben schon bei früheren Gelegenheiten wiederholt ausgesprochen, daß unser Verband es durchaus ablehnt, auf die Entschließungen einer anderen Organisation in bezug auf den Uebertritt irgendwelchen Einfluß auszuüben. Unser Verhältnis zum Glaserverband wird deshalb durch die Ablehnung des Uebertritts in keiner Weise berührt. Wir möchten aber auch nicht unterlassen, der Ansicht Ausdruck zu geben, daß es schöner gewesen wäre, wenn man die Auseinandersetzung über den Gegenstand in einer weniger kleinlichen Weise geführt hätte.

Die Anträge auf Einrichtung einer Sterbekasse und auf Gewährung von Krankenunterstützung wurden abgelehnt. Dagegen wurde der Beitrag von 45 auf 60 Pf. erhöht, wovon 15 Pf. den Lokalkassen verbleiben. Ein Antrag auf Anstellung eines Agitationsleiters wurde dem Vorstand überwiesen. Zum Vorsitzenden wurde Eichhorn und zum Verbandskassierer Schwerdt wiedergewählt.

Der Metallarbeiterverband zählte am Schluß des Jahres 1908 362 073 Mitglieder. Er hat trotz der herrschenden Krise seinen Stand behauptet, denn der Verlust von 131 Mitgliedern kommt bei den großen Ziffern, mit welchen der Metallarbeiterverband rechnet, kaum in Betracht. Dieses Ergebnis ist ein schöner Beweis für die innere Festigkeit der größten Gewerkschaft. Die Mitglieder setzen sich zusammen aus 341 011 männlichen, 15 167 weiblichen und 5895 jugendlichen. Die Einnahmen an Beiträgen steigerten sich von 9 022 287 Mk. im Jahre 1907 auf 10 013 752 Mk. Auf der anderen Seite haben aber auch die Ausgaben für die Unterstützungseinrichtungen eine bedeutende Steigerung erfahren. An Reisegeld wurden 401 607 Mk., an Erwerbslosenunterstützung bei Krankheit 3 049 747 Mk., bei Arbeitslosigkeit 3 093 559 Mk. ausgegeben. Das Vermögen des Verbandes betrug am Jahresschluß 3 873 297 Mk.

Die „Sattlerzeitung" hat in ihrer Nummer 8 ein Festgewand angelegt. Es gilt der Feier des zwanzigjährigen Bestehens der Organisation, welche zu Ostern 1889 gegründet wurde. Die Nummer, die zugleich der Begrüßung des Verbandstages gewidmet ist, bringt eine Reihe von Erinnerungsartikeln aus der Feder hervorragender Mitglieder des Verbandes.

Der Zentralverband der Hausangestellten Deutschlands ist mit dem 1. April ins Leben getreten. Gleichzeitig ist die erste Nummer des „Zentralorgan" dieses Verbandes erschienen. Das Blatt, welches von Ida Baar redigiert wird, erscheint monatlich einmal.

Unternehmerbewegung.

Rabiate Kranter.

Es scheint unter den ehrbaren Innungskrautern Mode werden zu sollen, die Vertreter der Presse, die ihre Versammlungen zum Zwecke der Berichterstattung besuchen, in unmanierlicher Weise anzurempeln. Wir haben kürzlich das Auftreten des Obermeisters Rahardt gegen den Vertreter der „Holzarbeiter-Zeitung" in einer Berliner Tischlermeisterversammlung festgenagelt. Aber Herr Rahardt ist der reine Waisenknabe im Vergleich zu den schwäbischen Glasermeistern. Während er es bei wörtlichen Beleidigungen bewenden ließ, benutzten diese die Kraft ihrer Fäuste, um den Berichterstatter einer sozialdemokratischen Zeitung seiner Notizen zu berauben und ihn an die Luft zu setzen.

Wir hätten von dem am Ostermontag abgehaltenen Verbandstag der württembergischen Glasermeister, einer der vielen mittelstandsretterischen Vereinigungen, die es trotz der Verhätschelung durch die Regierung doch zu keiner Bedeutung bringen, keine Notiz genommen, wenn sich nicht auf ihm ein bemerkenswerter Zwischenfall ereignet hätte. Auf Grund der Einladung, die sich auch an Nichtmitglieder und Gäste richtete, war ein Vertreter der „Schwäbischen Tagwacht" zu den Verhandlungen erschienen. Er hatte sich beim Empfangsbureau vorgestellt und dort die Zusicherung erhalten, daß seiner Anwesenheit kein Hindernis im Wege stehe. Im Laufe der Verhandlungen kam auch die gegenwärtige Aussperrung der Stuttgarter Glaser zur Sprache, und da scheint den biederen Meistern der Gedanke gekommen zu sein, daß es nicht zweckmäßig wäre, wenn hierüber in der sozialdemokratischen „Tagwacht" berichtet wurde. Während des Vortrages des Vorsitzenden Kläger forderte der zweite Vorsitzende Schütz den Vertreter der „Schwäbischen Tagwacht", nachdem er sich durch Befragen

Arbeitslosigkeit im 1. Quartal 1909.

Gau	Zahlstellen haben berichtet	Mitgliederzahl am Schlusse des Quartals	Arbeitslose Mitglieder am Orte: vom vorigen Quartal	Zugang i. diesem Quartal	Gesamtzahl	am letzten Tage d. Quart.	Durchreisende am letzten Tage des Quartals	Unterstützung haben erhalten: Arbeitslose am Orte: Mitgl.	Tage	Mk.	Pf	Arbeitslose auf der Reise: Mitgl.	Tage	Mk.	Pf.	Zahlstellen haben nicht berichtet
Danzig	31	2560	256	321	577	134	3	421	5932	7882	13	120	267	194	44	1
Stettin	38	3132	185	430	615	83	13	266	4101	5475	10	556	909	807	49	—
Breslau	44	6818	412	741	1153	283	3	667	9896	13320	83	407	794	722	18	—
Berlin	94	32705	4652	11777	16429	2443	19	4315	61876	90209	61	1117	2130	2004	71	—
Dresden	54	11655	1118	1346	2464	286	8	1169	18837	25976	21	566	910	846	42	—
Leipzig	58	12563	561	1409	1970	396	15	1025	17594	23418	32	796	1189	1112	56	—
Erfurt	55	4936	215	399	614	112	9	264	5290	6700	20	599	816	760	88	—
Magdeburg	34	5797	430	559	1039	288	20	510	7426	9947	51	1020	1501	1367	85	—
Hamburg	65	15965	1029	3860	4889	970	53	1716	25193	35857	87	2526	3739	3429	49	—
Hannover	45	8494	405	943	1348	261	18	666	11252	14230	11	1371	2040	1963	10	—
Düsseldorf	54	7064	270	845	1115	99	26	514	7626	10161	34	1473	2228	2023	90	—
Frankfurt	61	9244	981	1075	2056	309	19	764	13441	18034	66	1328	2256	2088	10	1
Nürnberg	41	8564	1170	751	1921	216	12	1310	16928	23471	60	687	1312	1227	26	—
München	42	5645	376	1035	1411	248	14	662	13343	17795	21	728	1580	1385	86	—
Stuttgart	93	8542	537	610	1147	167	12	584	9038	12140	04	1190	2123	1946	97	—
Hauptkasse	—	740	4	38	42	10	1	13	337	478	50	31	48	47	10	—
1. Quartal 1909	809	144424	12651	26139	38790	6305	245	14866	228160	315099	24	14515	23842	21928	31	2
4. „ 1908	803	142538	4765	27455	32220	12651	299	11378	172363	234459	77	17093	28501	26243	55	4
3. „ 1908	79[illegible]	1456[illegible]	6[illegible]	22361	28397	4747	268	8660	119847	162199	71	26729	44815	42028	07	6
2. „ 1908	78[illegible]	147527	6520	22382	28911	6130	475	10058	157131	215779	14	29408	49011	46269	01	9
1. „ 1908	785	148652	8285	23052	31337	6529	270	14737	235846	318794	31	16256	26225	24370	75	7

Im ersten Quartal 1909 betrug die Gesamtzahl der gemeldeten arbeitslosen Mitglieder 38 790, das sind 6570 mehr als im vierten Quartal 1908 mit 32 220 Arbeitslosen. Gegenüber dem ersten Quartal des Vorjahres beträgt die Zunahme 7453. Nach Abzug der aus dem vierten Quartal 1908 übernommenen Arbeitslosen bleibt ein Zugang von 26 139, im vorigen Quartal war dieser mit 27 455 um 1316 höher als im Berichtsquartal, das erste Quartal 1908 hatte einen Zugang von 23 052 Arbeitslosen.

Der Prozentsatz der Arbeitslosen von der Gesamtzahl der Mitglieder beträgt 26,9 gegen 22,5 im vorigen Quartal und 21,1 im ersten Quartal 1908. Am letzten Tage des Quartals waren 4,4 Prozent der Mitglieder arbeitslos gemeldet, es ist dieses derselbe Prozentsatz wie im Vergleichsquartal des Vorjahres, am Schluß des vierten Quartals 1908 waren dagegen 8,8 Prozent der Mitglieder arbeitslos, mithin genau doppelt soviel wie im Berichtsquartal.

Eine Steigerung hat auch in diesem Quartal wieder die Zahl der unterstützten Arbeitslosen erfahren. Während diese im vorigen Quartal 11 378 und im ersten Quartal des Vorjahres 14 737 betrug, ist sie in diesem Quartal auf 14 866 gestiegen.

Auf 100 Arbeitslose entfallen 38,3 Unterstützte, gegen 47,0 Prozent im ersten Quartal des Vorjahres und 35,3 Prozent im vierten Quartal 1908.

Die Durchschnittszahl der Tage, für welche Unterstützung ausbezahlt wurde, sowie der durchschnittliche Betrag der Unterstützung sind in diesem Quartal etwas höher als im vorigen, erreichen jedoch nicht ganz die Höhe wie im Vergleichsquartal des Vorjahres. Erstere beträgt 15,3, letztere 21,20 Mk., im vierten Quartal 15,1 Tage und 20,60 Mk., im ersten Quartal 1908 16,0 Tage und 21,64 Mk.

Von den einzelnen Gauen hatte wieder der Gau Berlin die größte Arbeitslosigkeit mit 50,2 Prozent der Mitglieder. Ihm folgen: Hamburg mit 30,6, München 25,0, Danzig 22,5, Nürnberg 22,4, Frankfurt 22,2, Dresden 21,1, Stettin 19,6, Magdeburg 17,9, Breslau 16,9, Düsseldorf 15,8, Leipzig 15,7, Hannover 14,9, Erfurt und Stuttgart mit je 12,4 Prozent.

Die durchschnittliche Arbeitslosenziffer am letzten Tage des Quartals wird überschritten von den Gauen Berlin mit 7,5, Hamburg 6,1, Stettin 5,2 und Magdeburg 5,0 Prozent, der Gau München hat den allgemeinen Durchschnitt von 4,4 Prozent. Die niedrigste Ziffer weist der Gau Düsseldorf mit 1,4 Prozent auf.

Den Höchstsatz der Unterstützten von der Gesamtzahl der Arbeitslosen hatte der Gau Danzig mit 78,0 Prozent, es folgen dann die Gaue Nürnberg mit 68,2, Breslau mit 57,8, Leipzig 52,0, Stuttgart 51,0, Hannover 49,4, Magdeburg 49,1, Dresden 47,4, München 46,9, Düsseldorf 46,1, Stettin 43,2, Erfurt 43,0 Prozent. Unter dem allgemeinen Durchschnitt von 38,3 Prozent bleiben die Gaue Hamburg mit 38,2, Frankfurt 37,2 und Berlin 26,3 Prozent.

Die durchschnittliche Zahl der unterstützten Tage sowie der durchschnittliche Betrag der Unterstützung sind am höchsten im Gau München. Erstere beträgt 20,2 Tage, letztere 26,88 Mark. Die niedrigste Ziffer hat der Gau Nürnberg mit 12,9 Tagen und 17,92 Mk. Der allgemeine Durchschnitt beträgt hier 15,3 Tage Arbeitslosigkeit und 21,20 Mk. Unterstützung.

Die Reiseunterstützung ist gegen das vorige Quartal um 4315 Mk. und gegen das erste Quartal des Vorjahres um 2442 Mk. zurückgegangen.

Bezüglich der Zahl der auf der Reise unterstützten Mitglieder ist wieder daran zu erinnern, daß es sich bei den Zahlen in der Tabelle in Wirklichkeit nicht um so viele Mitglieder handelt, da die reisenden Mitglieder so oft mehrfach gezählt werden, als sie in mehr als einer Zahlstelle Unterstützung erheben.

Zum Schlusse fügen wir wieder das Ersuchen an alle Verbandsmitglieder an, auch in Zukunft zur Ermöglichung einer vollkommenen Arbeitslosenstatistik dadurch beizutragen, daß jeder, ob unterstützungsberechtigt oder nicht, im Falle der Arbeitslosigkeit die sofortige Meldung bei der Lokalverwaltung nicht versäumen möge.

Der Verbandsvorstand.

Berichtigung. Die in voriger Nummer veröffentlichte Tabelle über die Arbeitslosigkeit im Monat März enthält einige Setzfehler. In der Rubrik „Arbeitslosenunterstützung am Orte haben erhalten" muß es heißen: Gau Leipzig 5904,11 Mk., Gau Hamburg 12 018,66 Mk. und Gau München 3649,47 Mk.

von dessen Eigenschaft überzeugt hatte, auf, das Lokal zu verlassen. Natürlich kam der Berichterstatter dieser Aufforderung sofort nach. Im gleichen Augenblick aber packten ihn einige der zunächst sitzenden Meister an den Händen und machten unter drohenden Worten den Versuch, ihm seine Notizen zu entreißen. Da ihm vom Vorstandstisch der Vorwurf gemacht wurde, er habe sich in den Saal geschlichen, begab sich der Berichterstatter an den Vorstandstisch, um dort eine Erklärung abzugeben. Dort wurde er aber, als er sich weigerte, seine Notizen freiwillig auszuliefern, von einigen Herren des Vorstandstisches unterbeleidigenden Zurufen und Drohungen aus der Mitte der Versammlung am Arm gepackt und seiner sämtlichen Papiere beraubt.

Gegen diese Helden, unter welchen sich die oben genannten beiden Vorsitzenden des Verbandes besonders hervortun, ist Strafanzeige erstattet. Ihre Handlungsweise qualifiziert sich als Raub im Sinne des § 249 des Strafgesetzbuches, welcher für dieses Verbrechen Zuchthausstrafe oder, falls mildernde Umstände vorhanden sind, Gefängnis nicht unter sechs Monaten androht. Auf das Nachspiel, welches diese Affäre im Gerichtssaal finden wird, darf man gespannt sein.

Technisches.

Vom „Fachblatt für Holzarbeiter", der vom Deutschen Holzarbeiterverband herausgegebenen Kunstgewerbe- und Fachzeitschrift liegt das Aprilheft vor.

Es bringt an erster Stelle einen sehr instruktiven Artikel von Paul Westheim über Schulmöbel (mit vielen Abbildungen). Dann kommt der Anfang einer Abhandlung von Franz Fammler über Sessel und Sofa zum Abdruck, ferner die Fortsetzung eines instruktiven Artikels O. Winkelmüllers über Einbauten, Durchbauten, Anbauten und dergleichen (mit Abbildungen) und anderes. Das Heft enthält insgesamt 47 Abbildungen, darunter einige Ansichten von Arbeiten Richard Riemerschmids.

Das „Fachblatt für Holzarbeiter" erscheint am 15. jeden Monats und ist gegen 1 Mk. pro Vierteljahr bei allen Postanstalten und den Verwaltungsstellen des Deutschen Holzarbeiterverbandes zu abonnieren sowie beim Verlag, Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Von den kompletten Jahrgängen 1907 und 1908 können noch mehrere Exemplare vom Verlag bezogen werden, und zwar zum Preise von 4 Mk. für den ungebundenen, 5,50 resp. 5 Mk. für den gebundenen Jahrgang und gegen Voreinsendung des Betrages.

Für die beiden letzten Jahrgänge hat der Verlag eine geschmackvolle Einbanddecke (entworfen von dem Kunstmaler Felix Hollenberg in Stuttgart) herstellen lassen, die gegen Voreinsendung von 1 Mk. portofrei bezogen werden kann von Verlag des „Fachblattes für Holzarbeiter", Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Eingesandt.

Zentralkommission der Stock-, Kamm- und Haarschmuckindustrie.

Die Zentralkommission der Stock-, Kamm- und Haarschmuckindustrie hat bei der Neuwahl dieselbe Besetzung erhalten wie im Vorjahr und werden sämtliche Zuschriften erbeten an den Obmann Jul. Hildebrandt, Rixdorf, Selchower Straße 6 III.

Zentralkommission der Bürsten- und Pinselmacher.

Die Zahlstellenbevollmächtigten werden hiermit ersucht, die von der Zentralkommission zugesandten Fragebogen für unsere Industrie bestimmt bis 1. Mai an uns zurückzusenden, damit wir ein genaues Bild über die Geschäftslage im vorigen Jahre erhalten. Da noch eine große Anzahl aussteht, ist es notwendig, daß die Kollegen dafür Sorge tragen, daß die Fragebogen zum obigen Termin bei uns eintreffen, um bei der Verarbeitung verwendet werden zu können.

J. A.: K. Hutzler.

Literarisches.

Der Weg zur Macht. Politische Betrachtungen über das Hineinwachsen in die Revolution. Unter diesem Titel erschien im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, eine Broschüre aus der Feder des Genossen Karl Kautsky. Preis 1,50 Mk. Vereinsausgabe 50 Pfg.

Aus dem Inhalt geben wir folgende Kapitelüberschriften wieder: „Die Eroberung der politischen Macht." „Die Prophezeiung der Revolution." „Das Hineinwachsen in den Zukunftsstaat." „Die ökonomische Entwickelung und der Wille." Weder Revolution noch Gesetzlichkeit um jeden Preis." „Das Wachstum der revolutionären Elemente." „Die Milderung der Klassengegensätze." „Die Verschärfung der Klassengegensätze." „Ein neues Zeitalter der Revolutionen."

Aus der Tiefe. Arbeiterbriefe. Beiträge zur Seelen-Analyse moderner Arbeiter. Herausgegeben von Adolf Levenstein. Morgen-Verlag G. m. b. H., Berlin W. 19, Potsdamer Straße 4.

Briefkasten.

Mühlberg. Weshalb ist der Bericht nicht gestempelt.

Bretten G. F. Wir haben den Brief dem Vorstand übergeben, der das Nötige veranlassen wird.

Stettin. F. Z. Die Zuschrift ist, weil ihr der Stempel der Zahlstelle fehlt, dem Papierkorb überantwortet worden. Sie war aber auch, abgesehen davon, zum Abdruck nicht geeignet.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter

(E. H. 3 in Hamburg).

Bekanntmachung des Schiedsgerichts.

Die in den Nummern 33 und 35 der „Holzarbeiterzeitung" vorigen Jahres veröffentlichte Geschäftsordnung des Schiedsgerichts hat in Ziffer 3 folgenden Zusatz erfahren, und zwar als zweiter Absatz genannter Ziffer.

„Erfolgt trotz nochmaliger Aufforderung die Einsendung der Terminskarte innerhalb einer Woche nicht, dann tritt der Vorstandsbeschluß in Kraft, und zwar betreffs der Unterstützung und des Ausschlusses sofort, bezüglich der Ordnungsstrafen unter Hinweis auf § 6 Ziffer 3 des Kassenstatuts.

Hamburg, den 15. April 1909.

G. Hildebrand,
Obmann.

Versammlungs-Anzeiger.

Geroldsgrün. Die Mitgliederversammlungen finden statt jeden ersten Samstag im Monat, abends 7½ Uhr, bei Kollege Götz.

Anzeigen.

Gütten (Anhalt). Der Arbeitsnachweis befindet sich bei Franz Steler, Auguststr. 2, Hinterh. Daselbst Auszahlung der Reiseunterstützung.

Hannover. Unsere Geschäftsstelle befindet sich jetzt Bergstr. 9 I, Haus Uelschen. Telephon: Nr. 5643. Daselbst Auszahlung der Reiseunterstützung.

Schwerin i. Meckl. Der Arbeitsnachweis befindet sich im Schweriner Gesellschaftshaus, Gr. Moor 51, geöffnet 6½—7½ Uhr abends. Umschauen streng verboten.

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich bei Kollege Eitner, Hermannstraße 22, vorn part. Umschauen ist strengstens verboten. Die Reiseunterstützung wird im Gewerkschaftshaus, Wellritzstraße 41, ausbezahlt. An Wochentagen abends 7—8 Uhr, an Sonn- und Feiertagen mittags von 12—1 Uhr.

Emil Heyl und **Leonhard Spichalsky** werden ersucht, zwecks Uebermittelung des eingeklagten Lohnes ihre Adressen zu senden an Jos. Grechenig, Worms, Mönchstr. 4.

Georg Hauser, Schreiner, geb. 24. 11. 53 in Roitendorf, Buchn. 15.220, wird aufgefordert, seiner Verpflichtung in der Zahlstelle Bruck sofort nachzukommen, andernfalls Anzeige erfolgt. Die Kollegen werden um seine Adresse gebeten. Herm. Vogel, Schreiner, Fürstenfeldbruck bei München.

Heinrich Bleschke, Stellmacher aus Groß-Golle bei Janowitz (Posen) wird gesucht. Wer zuerst dessen Adresse sendet, erhält **5 Mk.** Bevollmächtigter P. Neckert, Landsberg a. Warthe, Steinstr. 9.

Karl Andkjar, Tischler, Buchn. 17708, wird aufgefordert, den 2. u. 3. Band des Werkes „Götter und Götzen" an die Bibliothek der Zahlstelle Berlin abzuliefern. Die Kollegen werden um seine Adresse gebeten. Heinrich Späthe, Berlin SO., Engelufer 14/15.

Verwaltungsstelle Hamburg.

25jähriges Stiftungsfest

am **Sonntag, den 2. Mai 1909,** in sämtlichen Räumen des **Gewerkschaftshauses.**

Programm im festlich dekorierten großen Saal, bestehend in **Konzert, Gesang, Rezitation** und **Festrede.** Mitwirkende: Frau E. Brehling, Sopran, der gemischte Chor des Vereins für Kunstpflege, Herr Alexander Otto vom Deutschen Schauspielhause, Rezitation.

Saaleröffnung **6 Uhr.**

Beginn des Programms präzise **7 Uhr.**

Preis der Karte 30 Pf. à Person inkl. Programm und Garderobe.

Karten sind bei den Werkstattdelegierten, den Kassierern und im Bureau erhältlich.

Das Komitee.

Tüchtige Tischler auf eichene Möbel sofort gesucht.
Ludw. Brockmann, Lengerich, Westfalen.

Tüchtigen **Bautischler** sucht
Paul Stinner,
Priedemost bei Glogau, Schlesien.

Suche per sofort einen tüchtigen **Tischler,** der mit allen Maschinen gut vertraut ist und Zeichnung versteht, auch bessere eichene Möbel arbeiten kann. Derselbe soll später die Stelle als **Werkführer** übernehmen, muß dann in der Lage sein, die Kundschaft zu besuchen und Aufträge zu sammeln. Zeugnisse und Gehaltsansprüche sind erforderlich. Offerten unter **G. F. 150** an die Expedition der Holzarbeiter-Zeitung.

Suche einen tüchtigen **Tischler.**
Aug. Drenkhahn, Tischlermeister,
Techentin b. Ludwigslust, Mecklenbg.

Tischlerei

billig zu verkaufen, 4 gut erhaltene Hobelbänke mit kompletem Werkzeug und Holzvorräte, die Werkstelle ist evtl. in Miete mit zu übernehmen. Auskunft erteilt **Ad. Delfs, Hamburg-Hamm,** Stoekhardstr. 21 I.

Wir suchen für sofort noch einen tüchtigen **Stockpolierer,** auch für feinere Stöcke.
Starke & Weinrebe, Dresden.

Gesucht für dauernde Beschäftigung tüchtiger Sattlermacher.
Louis Lorenz, Hamburg.

Zwei Wagenvergehilfen erhalten dauernde Arbeit bei
Karl Mattern, Wagner, **Lauterecken,** Pfalz.

Stellung sucht Drechsler, der selbständig arbeiten kann. 34 Jahre alt.
Ludwig Heim, Drechsler, **Perleberg,** Mühlenstr. 17.

Füllfederhalter.

Einige geübte **Hartgummi-Dreher** auf Füllhalter-Reparaturen gesucht.
Heidelberger Federhalter-Fabrik, Heidelberg.

Perlmutter-Knopfdreher, der auch gut ausbohren kann, sucht bei 27 Mk. Lohn
Rich. Heide, Altona, Mörkenstr. 26.

Ein junger **Korbmacher** für dauernde Arbeit sofort gesucht. Reisevergütung nach Uebereinkunft.
Friedr. Köpke, Wittenburg, Mecklenbg.

Tüchtiger jüngerer **Korbmachergehilfe** auf geschlagene Arbeit und Reparaturen findet gutbezahlte Stelle.
Alfred Lehmann, Korb- und Spielwarengeschäft, **Tübingen,** Württbg.

Einen tüchtigen **Korbmacher** auf Kohlen- und Rübenkörbe stellt sogleich ein **Gottfried Wolle, Bergen** (Rügen).

Gesucht per sofort oder später bei gutem Lohn ein jüngerer tüchtiger **Korbmachergeselle** auf Großgeschlagenes.
L. Kolle, Göttingen.

Korbmacher,

tüchtige, Gestellarbeiter verlangt
Paul Fechner, Berlin, Lützowstr. 4.

Gesucht auf gleich **4 tüchtige Korbmacher** auf Mattarbeit. Bestes Material vorhanden.
C. Ficke, Oldenburg i. Gr.

Tüchtiger **Bürstenmacher** gesucht. Zuverlässig und mit allen Arbeiten vertraut. Möglichst militärfrei.
Jean Christanz, Gelnhausen b Hanau a. M.

Verlangen Sie sofort postfranko Katalog 1909-1910
72 Seiten stark mit 800 Abbildungen bei Bedarf an
englische u. amerikanische Werkzeuge
Abziehsteine, Modelle etc.
für Tischler, Bildhauer und Drechsler von
Otto Bergmann,
Berlin SO. 33,
Oppelnerstraße 31.

Modelltischler.

Wichtige Tabellen, u. a. enth. Schwindmaße, Schnittberechnungen, Preisumrechnungen usw. versendet für 30 Pf. in Briefmarken oder per Nachnahme A. Stephan, Hamburg, Vereinsstr. 7.

Zur Laubsägerei
Kerbschnitzerei :: Holzbrandmalerei
liefert am billigsten sämtl. Werkzeuge, Vorlagen, Holz usw. **J. Brendel, Mutterstadt 95, Pfalz.**
Reichhalt. Katalog gratis u. franko.
Laubsägeholz pr. Quadratmtr. von 1 Mark an.

Quittungs-Marken und Kautschuk - Stempel
liefert seit 30 Jahren
Jean Holze & Co.
Hamburg, Besenbinderhof 70.

Süddeutsche Schreiner-Fachschule
Nürnberg Kirchenweg 14. ● Erstklassige Lehranstalt. Dir. Carl Malbaum.

Größte deutsche
Tischler-Fachschule Detmold
Bew. Ausbildung. Progr. frei. Zum Selbstunterricht empfehle ich Sonderkurse f. Tischler, mit üb. 100 Abbild. Direktor Reineking, Detmold.

Paul Horn, Politur- u. Lackfabrik **Hamburg 23**

Nach meinem durch **zwei deutsche Reichspatente** gesch. neuen Polierverfahren werden die Poren des Holzes beim Polieren mit spritlöslichem Polierpulver (Lackstoffpulver) gefüllt. Dadurch wird erreicht

:: :: **eine sofortige Porenfüllung** :: ::

man **erspart Material, Zeit, Arbeit,**

erzielt :::: edlen, unverschleierten, glasartigen Hochglanz, klare, durchscheinende Poren, wunderbares Feuer der flammigen Maserung, volle Schönheit des Holzes,

vermeidet Oelausschwitzen, Rissigwerden der Politurdecke, weisse Flecke, sowie Einschlagen der Politur.

Beim Polieren wird **kein Schellack-Ersatz, kein Kunstharz,** sondern reine, unverfälschte Schellack-Politur verwendet.

Es ist **patentrechtlich strafbar,** ohne meine Einwilligung beim Zupolieren der Poren spritlösliches Porenpulver (Lackstoffpulver) anzuwenden; ganz gleich, unter welchem Namen dasselbe angeboten oder verkauft wird.

Ich versende zum Versuch ein Körbchen enthaltend:

1 Flasche	Marmor-Mono-Politur-Extrakt zum Grundpolieren
1 „	Neutral-Schellackpolitur-Extrakt zum Mittel- und Feinpolieren
1 „	Patent-Politur zum Reinpolieren
1 „	allerfeinsten Politur-Glanzlack, blond, zum Ausziehen von Kehlleisten usw.
1 „	allerfeinsten Kristall-Glanzlack, blond (Stuhllack, Drechsler-, Bildhauerlack)
1 „	Schleif- und Polieröl, gelblich
1 Dose	Porenfüllpulver, feinste Marke „Hornol"
1 „	Porenfüllpulver, gemischte Qualität „Marmor-Mono"
1 „	Blinstein-Polierpulver, hellnussbraun
1 Tube	Inkrustationskitt (Holzkitt), blond, zum Auskitten schadhafter Holzstellen
1 Stück	Korkschleifklotz, 120×75×30 mm

zum Ausnahmepreis von **8 Mark** franko inkl. Emballage gegen Nachnahme.

Ich übernehme jede Garantie für die Güte der Ware und für ein gutes Resultat.

Bei Bestellungen genügt die Angabe: **1 Postkollo** zum Versuchspolieren à **8 Mark.**

Mein Lehrbuch über das Beizen, Mattieren, Polieren, Lackieren, Schleifen des Holzes enthält in markiger Werkstattsprache fachwissenschaftliche Anleitungen über alle Vollendungsarbeiten der Holzindustrie, **eine künstlerisch ausgeführte 40farbige Beiztafel und Preisverzeichnis über 160 Artikel.** Empfohlen und glänzend beurteilt von Prof. Dr. Mellmann-Berlin, Prof. Dr. Ottokar Lenecek-Brünn, Prof. Ch. Herm. Walde-Warmbrunn, Prof. Rudolf Hammel-Wien, Direktor Oskar Strobel-München, Louis Edgar Andes-Wien (Techn. Gewerbe-Museum), k. k. Staatsgewerbeschule-Graz, Direktor J. Gossmann, München. **Preis Mk. 1.50.** Bei Auftragerteilung wird der Betrag zurückvergütet.

Werkstattplauderei. Fachzeitschrift für die Holzindustrie. Herausgeber: Paul Horn. Interessant, unterhaltend, lehrreich für **alle Männer der Werkstatt,** behandelt die **Konstruktionen, Werkzeuge,** das **Material** und **alle Arbeitsgebiete** der Holzindustrie in **volkstümlicher Form.** Abonnement: **Jährlich 12 Nummern 3 Mark.**

Verlag von Theodor Leipart in Berlin. Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW. 68